

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 g.,
für das deutsche Reich und ganz Österreich 9 M
incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen
nehmen an die Expedition, W. (S), Mohren-
straße 59, und sämtliche Postämter.

National-Zeitung.

Zusätze. — Die Beilagen:
Morgen-Ausgabe 4-gelapfen 40 g. — Columnen
resp. deren Theile 300 M. u. j. w.
Abend-Ausgabe 3-gelapfen 60 g. — Beilagen
3-gelapfen 1 M 30 g. — Columnen 450 M. u. j. w.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 24. Januar.

1 Uhr. Am Ministerische: Reichskanzler Fürst Bismarck,
Dr. Friedberg, von Büttner, Dr. Lucius, Brunsart v. Schellen-
dorff, Dr. v. Scholz u. A.

Eingegangen: Nachweis über die Verwendung des in dem
Etat der Eisenbahnerverwaltung für 1885/86 vorgesehenen Dispo-
sitionsfond von 1.500.000 Mk.; Denkschrift über die Ausführung
des Gesetzes vom 26. April 1886 betr. die Beförderung deutscher
Ausstellungen in den Provinzen Westpreußen und Posen für 1886;
Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der für Rechnung des
preussischen Staates verwalteten Eisenbahnen im Betriebsjahr
1885/86; Bericht über die Bauausführungen und Beschaffungen der
Eisenbahnerverwaltung für 1. Oktober 1885/86.

Das Haus tritt in die zweite Lesung des Etats und zwar
der nicht in die Kommission verwiesenen Theile derselben. Die
Rechte des Kronfideikommissfonds, der Zuschuss zur Rente
des Kronfideikommissfonds, werden ohne Debatte bewilligt;
ebenso der Etat der Zentralverwaltung der Domänen und
Forsten und des Kriegsministeriums. Es folgt der Etat des
Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Zu
Kap. 56, Tit. 1. Gefandtschaften, bemerkt

Abg. Graf Limburg-Sturum (freisinn.): Bei diesem Titel
möchte ich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, wie sich im Laufe
der Zeit die Auffassungen geändert haben über die Wichtigkeit der
jüngsten Beamten und Institutionen, die in diesem Titel be-
schrieben werden. Nachdem das Reich geschaffen worden, zeigte sich gerade
bei denjenigen, welche die eifrigsten Freunde unserer Reichs-
institutionen waren, und bei denjenigen, welche mit der größten
Begeisterung das Reich pflegten, Bedenken gegen diese Gefandtschaften.
Man glaubte, daß in diesen Gefandtschaften ein Rest des
Partikularismus sei, daß diese Gefandtschaften dazu bestimmt seien,
oder — wenn dies auch nicht beabsichtigt sei — notwendig dazu
föhrten würden, den Partikularismus zu pflegen. Wie hat sich aber
die Wichtigkeit der Auffassung der Regierung bewährt, als
sich diese Gefandtschaften beibehielten! Damals hoffte man
seitens derjenigen, welche das Reich befördern wollten,
daß der Schwerpunkt für die Entwicklung des Reiches im Reichs-
tage liegen würde, daß die Begeisterung, welche damals das Reich
begeistert hat, fortbauern würde. Sie wissen Alle, daß diese Hoff-
nungen im vollen Maße nicht verwirklicht worden sind, sondern
wir müssen anerkennen, daß die Pflege des Reiches und der festeste
Stützpunkt des Reiches heute in der Gemeinschaft der Regierungen be-
steht, und daß die Fürsten Deutschlands und ihre Regierungen die-
jenigen sind, auf denen die Fortdauer und die Entwicklung des
Reiches beruht. Allerdings ist, das können wir nicht anders als
dankbar anerkennen, durch die geschickte Politik, die von hier aus
befolgt worden ist, dadurch, daß eben die Gefandtschaften, um die
es sich hier handelt, geschickt benutzt worden sind, alle etwaigen
Befürchtungen, welche etwa bei den Regierungen für ihre Interessen
herrschten, beseitigt worden, und wir können überzeugt sein,
daß in ganz Deutschland die Fürsten ihr wahres und aufrichtiges
Interesse sehen in der Erhaltung und Pflege unserer Reichs-
institutionen. Wir haben alle Veranlassung, die königliche Re-
gierung auf dem Wege zu ermuntern, auf dem sie bisher gegangen
ist, und gern die Position zu bewilligen, um die es sich hier handelt.
Wie soll ich unser Vertrauen in erster Linie einem Reichstage zu-
wenden, der in den Finanzfragen steril gewesen ist, der die wichtigsten
Anforderungen, die wichtigsten Wünsche, die die einzelnen Partikular-
staaten haben, nicht befriedigt, obgleich er allein dazu im Stande ist.
Und wie sollen wir ein aufrichtiges und tiefgehendes Vertrauen zu
einem Reichstag haben, der in der so wichtigen und für unsere
Existenz gewiss allein maßgebenden Militärfrage eine solche Haltung
einnimmt, einem Reichstag, der es verlangt, alle drei Jahre unsere
militärischen Institutionen zu diskutieren, der es verlangt, alle drei
Jahre die Aufregung in das Land zu werfen. (Rufe links: Zur
Sache!) Ich spreche zur Sache (Sehr richtig! rechts), ich spreche
dabei, welche große Wichtigkeit mir der Pflege der Beziehungen zu
den Regierungen beilegt, da eben ein Reichstag besteht, der in
der wichtigsten Militärfrage, die die Stärke des Reiches ausmacht,
seine Mitwirkung verweigert, und daß wir uns danach umsehen
müssen, daß die Regierungen desto fester seien. Ja, es ist
eben bedauerlich, daß teilweise vom deutschen Volke
und leider im Reichstage die großen Gesichtspunkte
vor den Gesichtspunkten der Partikularität untergehen, und daß eben
dadurch, wenn auch nicht bei allen in Absicht, so doch im Resultate
Befürchtungen entstehen, welche das Reich nicht fördern, und daß die
Majorität, welche sich bildet, alle diejenigen Elemente einschließt,
welche eingestandenemassen dem Reiche feindlich sind und eben das
Reich untergraben wollen. Wir können daher dem Reichskanzler
und der Regierung nur Dank wissen, daß die Beziehungen zu den
deutschen Fürsten in dieser geschickten Weise gepflegt worden sind,
wie es auch sein muß, und daß wir dadurch eben jetzt einen festen
Stützpunkt haben durch das Vertrauen, welches besteht zwischen den
Fürsten und Regierungen. Und wenn früher vielleicht Bedenken
vorhanden gewesen sind gegen diese Gefandtschaften, so sind die
moch überall geschwunden, und es wird jeder überall anerkennen
müssen, daß sie eine der wichtigsten und nützlichsten Institutionen in
unserem Etat sind.

Reichskanzler Ministerpräsident Fürst von Bismarck: Es
scheint mir nicht unnatürlich, wenn ich als auswärtiger Minister
der Majestät bei dieser Gelegenheit dem Hause einige Mittheilungen
über die Politik mache, die ich in dieser Eigenschaft im Namen
Se. Majestät des Königs im Reiche zu vertreten habe und haupt-
sächlich bei den verbündeten Regierungen verfolge. Die verbündeten
Regierungen haben bei Abschluß des Bundesvertrages, auf dem
unser Reichsgründung beruht, sehr wesentliche Rechte, die ihnen
zwecklos zustanden, und zwar nicht bloß der König von Preußen,
an den letzteren, in seiner Eigenschaft als deutscher Kaiser, abge-
treten, für deren Bewahrung und Ausübung im Interesse des
Reiches der König von Preußen als deutscher Kaiser verant-
wortlich bleibt. Der deutsche Kaiser hat nicht das Recht,
dieses ihm von den Bundesgenossen anvertraute Gut an
Dritte zu übertragen, also beispielsweise an eine wechselnde Reichs-
tagsmajorität, am allerwenigsten an eine solche, welche ihm für die
Ausübung der ihm anvertrauten Rechte so wenig Vertrauen ein-
flößt, wie die künftige Reichstagsmajorität. (Sehr richtig! rechts.)
Es sind dies hauptsächlich diejenigen Rechte der verbündeten Re-
gierungen, auf denen ihre Selbstständigkeit und ihre Pflicht, Deutschland
gegen auswärtige Feinde zu schützen, beruht. Die Verfügung über
die Mittel dazu haben sie nach Urkunde der Verfassung Se. Majestät
dem Kaiser, aber nicht der Majorität des Reichstages, am aller-
wenigsten den einzelnen Führern desselben anvertrauen wollen. (Sehr
wahr! rechts), welche diese Majorität gegenwärtig beeinflussen und welche
einen strengeren Absolutismus ausüben, als er jemals in unserem
Vaterlande bestanden hat. (Sehr wahr! rechts.) Das Gebieten der
Rechte der Regierung an den Reichstag in höherem Maße und
weiter hinaus als die Verfassung zuläßt, liegt deshalb ganz außer-
halb der Berechtigung, welche Se. Majestät den verbündeten Re-
gierungen gegenüber zusteht. Es ist ein Selbstverleugern, dessen Se.
Majestät sich zu entäußern weber die Absicht noch die Berechtigung
hat. Das, was ich hiermit ausspreche, dient zugleich zur Be-
leuchtung der Frage, ob die preussische Politik, wie sie im Bundes-
vertrage vertreten wird, eine zu große Hartnäckigkeit gegenüber den
Forderungen der Reichstagsmajorität bewiesen hat, eine Hartnäckigkeit,
bei der sie sich in unausgesetzter Uebereinstimmung mit allen ihren
Bundesgenossen befanden hat.

Die Presse hat vielfach den Unterschied zwischen 8 und 7 Jahren
als einen Bedeutungslosen dargestellt. Ganz abgesehen von der

Thatsache, daß uns diese 3 Jahre nicht bewilligt worden wären,
sind sie für uns ganz absolut unannehmbar, schon nach der Art,
wie sie angeboten, eingeleitet und motiviert wurden, durch Gründe
und in Reden, die nur dann eine Berechtigung hatten, wenn man
zugeben wollte, daß der Reichstag einseitig im Wege der Budget-
beschlüsse berechtigt wäre, die Höhe der Streitkräfte, auf denen
Deutschlands äußere Sicherheit beruht, nach seinem Belieben und einseitig festzulegen,
als ob Niemand weiter etwas zu sagen hätte. Schon der Vor-
behalt, den dieser große Reichthum und die verderbliche und gefährliche
Auslegung der Verfassung damit bekommen hat, würde uns ab-
gehalten haben, in dieser Frage auf die Forderungen einzugehen.
Es war vor 12 Jahren, 1874, zu der Zeit, als zum ersten Male
die Preussischerfrage behandelt wurde, den verbündeten Regierungen
in keiner Weise zweifelhaft, daß die Verfassung, die Reichsverfassung,
wenn sie in ihrem Art. 60 bestimmt, daß die Höhe der Preussischer-
zahl im Wege der Gesetzgebung festgelegt werden soll, daß sie damit die
gewöhnliche Gesetzgebung, welche Gesetze schafft, die so lange in Geltung
bleiben, bis andere Gesetze geschaffen sind, im Auge behalten hat;
sonst würde ausdrücklich gesagt sein: „Periodisch durch Gesetzgebung“
oder „im Wege der Budgetgesetze“. Es ist kein Zweifel bei allen
Auslegern, daß diese Absicht bestand, die Regierung würde also
vollkommen in ihrem Rechte gewesen sein, wenn sie 1874 dabei
verharrt hätte, daß verfassungsmäßig ein Gesetz gemacht werden
sollte von der gewöhnlichen Natur und Dauer der Gesetze,
das heißt ein Aeternat. Lediglich um den Wünschen der damaligen
Mehrheit des Reichstages zu entsprechen, die vielleicht, wenn die
Regierung zur Auflösung geschritten wäre, es nicht geliebt wäre,
— wahrscheinlich nur deshalb, um dem deutschen Reich und seiner
Verfassung eine friedliche und stetige Fortentwicklung zu sichern,
lediglich aus dem Grunde haben die verbündeten Regierungen
damals auf die Initiative Se. Majestät hier zu einer periodischen,
zu einer Bewilligung auf 7 Jahre sich verstanden. Damit haben
sie einen Kompromiß zu schaffen beabsichtigt, der demnachst uns
einen Inhaltspunkt giebt, wenn, wie jedesmal üblich ist, wir in
Verhandlungen eintreten, die die Grundlage unseres deutschen Ver-
fassungslbens bis in innerste Ecken durchdringen.

Wenn Sie diese Nachgiebigkeit damals geübt haben, so ist es
nicht Ihre Pflicht gewesen, um die damalige Konfession nun zum
Ausgangspunkte für fortlaufende neue Konfessionsforderungen zu
machen, um sonderbar als schon ein Uebel, ein Gewohnheitsrecht durch
erneutliche Wiederholung der 7-jährigen Bewilligung gebildet worden
war. Die verbündeten Regierungen sind der Ueberzeugung, daß die
einmalige prinzipielle Konfession ein einmaliger Verzicht auf das
ihnen verfassungsmäßig zustehende Recht einer dauernden Arme-
einrichtung gewesen ist, über das hinaus sie sich nicht
drängen zu lassen, fest entschlossen sind. Darin beruht der große
Unterschied für unsere innere Politik zwischen Septennat und Triennat.
Es ist die Frage: Soll unsere Verfassung flüchtig und zweifelhaft
bleiben oder durch feste Traditionen im Wege des Kompromisses
fest einleben und im friedlichen, gegenseitigen Einverständnis
fest gebildet werden? Mit der Idee, daß Sie im Wege des
Budgetrechtes Alles erzwingen und verlegen können, können wir
nicht weiter. Ich stehe das vollkommen gleichberechtigte Budgetrecht des
Bundesrathes gegenüber. Der Bundesrath kann keinem Budget
seine Zustimmung geben, das seiner Ueberzeugung nach die Ver-
theidigung des deutschen Reiches nicht sichert. Also die Regierungen
sind es, die diesen in die Gegenwart der Konflikte führenden Weg
schleusen und drängen gebeten haben, ihn nicht zu beschreiten, die
von ihm abzuweichen und ihrerseits nicht mitgehen werden. Ich
denke, das ist schon ein hervorragender Unterschied zwischen Sep-
tennat und Triennat: die Sicherstellung und ruhige, fried-
liche Entwicklung der Verfassung und die Gefährdung
der Verfassung alle drei Jahre. (Sehr wahr! rechts.)
Die Verfassungstreuen sind auch hier die Regierungen und der
Verfassung dienen die Gefandten, über deren Gehälter wir hier
diskutieren. Diejenigen, die in einem Augenblicke, wo Gefahren
für den Frieden nicht ausgeschlossen sind, jeden Augenblick dazu
auszuweichen wollen, um keine Grenzverrückungen zu machen zwischen
Parlament und Fürsten, sind nicht die wohlwollenden Diener des
Vaterlandes. (Beifall rechts.) Die Herren erinnern sich mit diesen
Verfassungstreueitigkeiten an den Regensburger Reichstag, wie dies auch
wiederholt in einer Zeitung in Erinnerung gebracht war. Zu einer Zeit,
als die Fürsten Wien belagerten und die Franzosen Straßburg weg-
nahmen, ergingen sich die kaiserlichen und kaiserlichen Gefandten in
Regensburg in Rangstreitigkeiten. (Sehr gut! Heiterkeit rechts.)
Ebenso kleinlich erscheint mir in dieser Zeit der äußeren Gefahren,
wenn die Herren sich darum streiten, ob sie dem Kaiser und den
verbündeten Fürsten, die sich wahrlich in diesen 16 Jahren ver-
fassungstreuen und eifrig in Fortentwicklung der Verfassung
und konstitutionellen Benommen haben, die in diesem Augen-
blicke, wo sie den Bestand des Reichstages fordern,
wo sie die Ueberzeugung haben, daß die Nation diesen
Verstand fordert, das Geforderte geben sollen und uns da gewisser-
maßen im Augenblicke der Noth nach Art der Wucherer etwas ab-
drücken wollen. (Beifall rechts.) Wir halten darum schon aus
inneren Gründen, aus Gründen der inneren Politik an den sieben
Jahren fest, damit Sie nicht auf den Gedanken kommen können,
wir seien dieser Politik zugänglich und Sie könnten
auf weitere Nachgiebigkeit in dieser Richtung rechnen.
Vor diesem Gedanken zu warnen, ist der Grund, wes-
halb ich nochmals hier das Wort ergreifen habe. Es giebt aber
noch einen Unterschied nach außen zwischen Septennat und Triennat,
der sehr ins Gewicht fällt. Sie verstehen die Witterung liegt
mir auf der Zunge, wenn ich unbedingt spreche. Die Vorlage
ist dazu bestimmt, nicht nur heute unsere Wehrkraft zu er-
höhen, sondern auch den Gefahren gegenüber, welche in
der europäischen Konstellation im nächsten halben Jahrhun-
derte hervorzutreten, haben wir den Wunsch, daß die Zahl
der wehrfähigen ausgebildeten Mannschaften um 200.000 Mann
vermehrt wäre. 12 Jahre dauert die Heeresverpflichtung und
zwei Mal 160.000 Mann ausgehoben, giebt nach Verlauf der
12 Jahre gegen 200.000 Mann in kriegsfähiger Richtung, aber bei
uns auch in Wirklichkeit mehr, als wir gegenwärtig haben. Das
Anwachsen der deutschen Wehrmacht und Wehrfähigkeit halte ich
für ein wesentliches Element des Friedens, weil es den Eindruck
auf das Ausland macht, daß wir uns so viel stärker sind, um
200.000 Mann. Ich will in diese Deduktion nicht weiter eintreten,
ich habe sie schon im Reichstage erörtert und will nur noch die Ziffer
nennen, daß es auf das Ausland in seiner friedlichen Einstellung
für die spätere Zeit, für eine Zeit der übertriebenen Rüstungen, die
gegen uns gemacht werden, einen erheblichen Unterschied macht, ob
wir eine Verstärkung von nur 48.000 Mann, d. h. 24-jährige Aus-
hebung von 160.000 Mann in Aussicht nehmen, oder ob wir über-
zeugt von dem Grundsatz der Lage die Verstärkung der Armee auf
7 Jahre bekommen.

Es ist nun hier neulich angedeutet worden, als könnten
wir mit der Auflösung des Reichstages, die ja auf
Antrag der preussischen Regierung und unter Zustimmung
des Bundesrathes beschlossen worden ist, andere Zwecke
als die der Verstärkung des Heeres verbunden haben, etwa die-
jenigen, die man ja auch in allen Wahlbüchern, berechnet auf die
Wähler und zwar auf die arbeitslosen, findet, wenn ein Reichstag
geschaffen werden sollte, der geneigt wäre, Monopole zu bewilligen.
Ich kenne das Maß der Urtheilskraft der fortgeschrittenen Wähler
allerdings nicht, aber diejenige derer, die zu den anderen
Parteien gehören. Von denen bin ich ganz sicher, daß sie
zwischen einem Abgeordneten, der Monopole bewilligen
wird und einem, der nur die Heeresvermehrung bewilligt, sehr wohl
zu unterscheiden vermögen. So dumme sind die Leute nicht,
(Heiterkeit rechts), daß sie nicht im Stande wären, einen Kan-

didaten aufzustellen und sich darüber zu vergewissern, ob er nicht
auch allerlei reaktionäre Schändlichkeiten mit der Regierung plaudern
würde. (Lachen und Beifall rechts.) Solche Leute werden sie eben
nicht wählen. Das Wort „Reaktion“, das ja immer sich ein-
stellt, wo Begriffe fehlen, ist ja auch bei dieser Gelegenheit
in den Wählern, die mit Reichstagsabgeordneten in näherer Ver-
bindung stehen, vielfach gehört worden, und ist eine Verleumdung
der Regierung, an die der ehrliche Unterthan nicht glaubt. (Beifall
rechts.) Wir sind und bleiben verfassungstreuen und wünschen nur,
daß Sie es uns nicht unmöglich machen ungeachtet der Schwierig-
keiten und Stöße, die man uns in den Weg legt. Aber daß Sie
uns dabei helfen, wünschen wir, daß Sie uns auf die Dauer helfen
nicht bloß durch einmalige Bewilligung — sonderlich — der Wähler,
sondern, daß Sie uns das Vertrauen der Wähler auf die Dauer
erwerben möchten. Die Monopolfrage, über die hier mit dem Herrn
Zinzendorf-Katholik worden ist und wobei ich nur bedauere,
daß er nicht den Abg. Windthorst entgegengesetzt hat, ob er
seinerseits das Wort an Erbschaft geben könne, daß er nicht die
Wiederherstellung des Königreichs Hannover erstrebt, das ist eben
eine Doktorfrage (Heiterkeit rechts). . . . also im Jage,
Monopole — ja die werden kommen, wenn wir einen ungünstigen
Krieg geführt haben. Wenn dann unsere Finanzen und Reichs-
einkünfte so erschöpft sein werden, daß wir zu jedem Mittel greifen,
dann werden nicht bloß die Monopole, sondern sehr viel härtere
Steuern kommen, gegen die wir jetzt eine Versicherung, eine Verpachtung
der Reiche, möchte ich sagen, vorgeschlagen haben. Dann wird es
Zeit sein, an Monopole zu denken, und wenn wir nicht vollständig
wund sind, werden wir als Gesellschafter von Monopolen schließlich
aufzulegen müssen, um die Kontributionen zu bezahlen, welche dem
Krieg auferlegen. Das ist eine Eventualität, welche auch der heftigste
Monopolefeind nicht in Ueberechnung kam. Dann heißt es: „Sehr
Bogel oder nicht!“ (Sehr richtig! rechts.)

Ich habe vorher gesagt, daß Se. Majestät der Kaiser zu der
gegenwärtigen Reichstagsmajorität nicht dasjenige Vertrauen habe,
um ihre Rechte in irgend welcher Weise zu erweitern, und deshalb
die Auflösung als König von Preußen beantragt und herbeigeführt
hat. Ich glaube, daß dieses Vertrauen gegen die Absichten
und die Thätigkeit der Reichstagsmajorität bei Se. Majestät
vollkommen berechtigt ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese
Majorität nur dadurch zu Stande kommt, daß aus eigenem Ge-
ständnis zweifelloser Feinde des deutschen Reiches, intransigente Gegner
desselben, durchaus unentbehrlich sind, diese Majorität herauszubilden.
(Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ziehen Sie diese ab
— es sind ungefähr 70, ich glaube 71 Stimmen, diese Intransigenten,
— 25 Sozialdemokraten, je 15 Polen und Franzosen, das macht
schon 55; dann sind die Welfen, wenn ich nicht irre 11, dann die
Volksparthei — und Sie werden zugeben, die 70 kommen heraus.
Diese 70 sind aber das entscheidende Element der Majorität.
Ziehen Sie die ab, so haben Sie die Fortschritt-
partei — wenn ich nicht irre, 64 — und das Centrum,
mit 99, zusammen 163, und dem gegenüber haben Sie die National-
liberalen und die beiden konservativen Parteien mit auch 160. Die
balancieren sich also ziemlich genau, und die 70 intransigenten und
antimonarchischen Abgeordneten entscheiden über diese Majorität.
Wie soll da der Kaiser das Vertrauen haben, unsere
Zukunft und Wehrkraft in die Hände einer solchen Majorität
zu legen? (Sehr richtig! rechts.) Nun ist die Sache so: den
Führern dieser Parteien, die die absoluten Herrscher über die Ab-
stimmung sind, ist es möglich gewesen, die Funktionen so aus-
zugeben, daß die Fortschrittspartei in der Lage ist, für dasjenige
zu stimmen, wofür die Sozialdemokraten, die Polen, wofür die
Intransigenten stimmen; und wiederum ist der Abg. Windthorst
als Führer des Centrums in der Lage, sich jedem Schritte, welchen
die Fortschrittspartei thut, sich anzuschließen, jedoch er schließt
der Führer der so heterogenen Masse ist, die nur durch gemeinsamen
Hoch zusammengehalten wird. Das erinnert an das Wort, als
Herodes und Pilatus sich zusammenfanden (Heiterkeit), ich will das
nicht weiter ausführen; die beiden Rechten sind bekanntlich auch
nicht. Aber an ein anderes Wort will ich noch erinnern: „So fanden
sich die schönen Seelen.“ (Heiterkeit.)

Ich habe von derselben Freiheit Gebrauch gemacht, welche die
Opposition so häufig benutzt, um bei Gelegenheit einer Budget-
position in einer sehr viel weiter hergehenden Weise ihr Heiß zu
erleichtern und der Regierung solch Unannehmlichkeiten zu sagen,
als sich anbringen lassen. Ich wollte keinem Unannehmlichkeiten
sagen (Lachen links), ich habe nur nochmals die bona
fides, die Vaterlandsliebe klar legen wollen, die das alleinige, aber
auch zwingende Motiv der Regierungen sind und auf den Schw
weisen, von dem kein Untreuen und Abgehen möglich ist. (Ueb-
erlärter, wiederholter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen,
wiederholtes Lachen links und im Centrum.)

Abg. Dr. Windthorst (Centr.): Ich bin hierher gekommen in
der Meinung, daß es wesentliche Erörterungen heute nicht geben
könnten, namentlich habe ich das nicht vorausgesehen. Das man
etwas Anderes beabsichtige, konnte ich ahnen, als man mir mit-
theilte, daß der Fürst Reichskanzler erschienen sei. Ich kenne das
Maß der Beschäftigung des hohen Herrn und ich bin nicht zweifel-
haft, daß, wenn er hierher kommt, ihn besondere Motive dazu leiten.
Welche Tendenz dazu vorlag, war jedem klar, der die Ausführungen
des Herrn Grafen Limburg-Sturum gehört hatte. (Sehr wahr! links.)
Die Reden des Grafen Limburg-Sturum und des Reichskanzlers
passen so genau in einander, daß man beinahe glauben könnte, sie
wären vorher vereinbart gewesen. (Heiterkeit.) Das ist aber
nichts. Nachdem ich heute gehört habe, wie mit besonderer Ge-
stimmtheit Graf Limburg die Eingeladungen bewilligt und wie der
Reichskanzler in dieselbe Anschauungsweise hineinspricht, gewinnen
bei mir die Gerüchte an Konfession, welche sagen — ich
habe sie bisher nicht geglaubt — es sei darauf abgesehen,
das allgemeine Stimmrecht zu beseitigen (Sehr richtig! links) und
eine andere Konstitution des Reichstages herbeizuführen, welche
dahingeht, daß aus den Eingeladungen Delegationen zusammen-
treten statt des bisherigen Reichstages (Zuruf rechts). Es ist sehr
bedauerlich, daß die Herren das wenigstens für richtig halten. Ich
glaube eine Zeit, wo auch andere Leute diesen Weg
für richtig erkannten. Das war zu der Zeit des
deutschen Bundestages, wo man von Seiten Österreichs
und der übrigen Fürsten derartige Vorschläge propo-
nirte. (Hört.) Da hat Preußen unter Auführung des Reichskanzlers der-
artige Vorschläge für den Wünschen des deutschen Volkes nicht
entsprechend erklärt. Es galt damals, die Sympathie des Volkes
für die Pläne des Reichskanzlers zu gewinnen, und die wurde
allerdings besser gewonnen durch eine populäre Verfassung und durch
das allgemeine Stimmrecht. Jetzt ist aufstrebend dieses Mittel wieder
unausgenutzt geworden und man will es beseitigen. Man wird an
dem bestirrt, womit man gesündigt hat (Zusammenschlag), und so scheint
es fast, als ob auch diesem Mittel jetzt die Strafe folgen solle.
Ich meinstheils habe keine Bedenken zu sagen, daß ich selbster-
gesehen — nicht befürwortet haben würde, wenn ich irgendwo
im Amte gewesen wäre. Nachdem es aber die Grundlage geworden
ist für die ganze konstitutionelle Entwicklung des Reiches, sage ich
ebenfalls bestimmt, ich würde es für das Verhängnisvollste halten,
wenn wir diese Basis zerstören wollten. Es wurde mir und dem ganz
Land eine ganz besondere Bedeutung sein, wenn gegenüber den heu-
tigen Gerüchten der Reichskanzler sagen wollte, daß die von ihm gegebene
Erklärung, daß an der Verfassung festgehalten werden soll, sich auch
auf diesen Punkt beziehe. Ich muß allerdings annehmen, daß sie
sich darauf bezieht, aber nichtsdestoweniger kommen diese Gerüchte
immer von Neuem. Ich habe nicht die Absicht, diesen Gerüchten
hier weiteren Ausdruck zu geben; nachdem aber dieses Duett des

Herrn Grafen und des Herrn Fürsten Bismarck aufgeführt ist (weiter), blieb mir gar nichts anderes übrig, als den Grundtext dazu anzugeben. Ich verstehe den Grund der Situation, in der wir uns befinden. Das Land hat alle Ursache, bei den Wahlen recht nüchtern und vorsichtig zu sein. Denn darüber kann kein Zweifel sein, nach der Hartnäckigkeit, mit der der Reichskanzler seine Pläne zu verfolgen pflegt, daß wir vor einem sehr ernsten Konflikt stehen. Ich kann sehr wenig dazu thun, dem vorzubeugen, aber ich möchte ihn bitten, daß er das Land vor solchen Konflikten bewahrt. (Lachen rechts.) Durch Ihre Reden werden Sie mich nicht von meiner Anschauung abbringen, und Sie werden auch nicht diejenigen, welche im Lande zuhören, davon überzeugen, daß ein Grund dazu da ist. (Zustimmung links.) Wenn man jetzt Stoff zu einem Konflikt hat, so hat man ihn auch mit der Hand herbeiführen können. (Lachen rechts.) Die mögen sich sagen, daß das so eine Gefahr verdoppelt und vervielfachen muß, daß ein solcher Konflikt wegen des direkten allgemeinen und geheimen Wahlrechts auf die Bevölkerung aufreißend wirken muß. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler soll nicht glauben, daß ein augenblicklicher Erfolg derartiger Pläne irgend etwas von den Gefahren beseitigen würde. Denn wenn dem Volke diese Grundgesetze, welche Sie ihm selbst gegeben, genommen werden, so wird die Ruhe nicht wieder eintreten, bis es wieder eingeführt ist; in welcher Form, das kann ich ja sagen.

Der Reichskanzler hat die Majorität des Reichstages hier auch noch nach ihrem Tode einer Kritik unterwerfen zu können geglaubt. Ich war der Ansicht, daß, nachdem die Regierung von der ihr unzweifelhaft zustehenden Befugnis Gebrauch gemacht hat, diese Kritik der Geschichte anheften würde, daß aber eine solche Kritik nicht zulässig sei. Da ich aber in der Majorität des Reichstages gehört habe, fühle ich mich genötigt, einiges darauf zu erwidern. Es wird zu meiner Befriedigung nicht mehr gelangen, daß der Reichstag in der Majorität bewilligt hat, was die Regierung verlangte. (Zustimmung links, Lachen rechts.) Die Forderung ist nur auf drei Jahre bewilligt worden, wie der Reichskanzler sagt. Der ganze Etat des Reichs wird mit Ausnahme dieses Etats auf ein Jahr bewilligt. Die ganze Civilverwaltung, die Marine, die Eisenbahnbataillone beruhen auf der einjährigen Bewilligung, es ist das eine ganze Reihe der wichtigsten, mit dem Kriegsbudget in Verbindung stehenden Institute. Warum soll es nur ein so großes Verbrechen sein, wenn man die Wähler hat, auch den Kriegsetat im Allgemeinen auf ein Jahr zu bewilligen. Das heißt nicht Anderes, als daß er ebenso behandelt werden soll, wie alle anderen Ausgaben des Reichs, wie in allen konstitutionellen Staaten, England, Frankreich, Oesterreich, Italien, Holland und Belgien der Fall ist. Nach der Bestimmung der Verfassung sollte die Präsidentschaft für eine gewisse Zeit festgesetzt werden. Sie ist zuerst auf 4 Jahre, dann auf 3 Jahre und dann erst auf 7 Jahre festgesetzt worden, dann kamen noch einmal 7 Jahre und jetzt soll die Bewilligung wieder auf 7 Jahre angeschlossen werden. Wenn der Reichstag nur die Bewilligung auf drei Jahre machen wollte, so war er dazu berechtigt. Das war kein Bruch der Verfassung, sondern ein Ausprechen seiner Ansicht. Ich meine, es war kein genügender Grund vorhanden, das abzulehnen. Die Beschlüsse über die Zeitdauer sind noch immer als Vereinbarungen hingestellt worden. Auf einen solchen wollten wir auch diesmal in Hilfe kommen. Die Gründe, welche gegen drei Jahre ausgesprochen worden sind, lassen sich auch gegen sieben Jahre anführen. Dadurch ist ihre Position unhaltbar; diese Unhaltbarkeit der Position wird um so größer, als die Regierung noch nicht ein einziges Mal das Septennat vollständig hat gelten lassen. (Sehr wahr! links.) Die Militäretats sind so sehr im Wachsen begriffen, daß man im Reichstage, der dazu berufen ist, wohl verpflichtet ist, ihn genau zu prüfen.

Es ist dann gesagt worden, daß das Volk sehr wohl im Stande sei, noch größere Lasten zu tragen. Man hat sogar aus den Sparbüchern das nachzuweisen gesucht. Ich hätte nur gewünscht, daß der Reichskanzler der Etatsdebatte nicht hätte beigewohnt. Der Herr Abg. v. Minnigerode hat die Mithilfe unserer Finanzen nachgewiesen und der Herr Finanzminister hat die Aufgabe so weit wie möglich beschränkt, und die Budgetkommission wird diesem löblichen Beispiele gewiß folgen. Der Herr Finanzminister hat auch eine Reihe von Ausgaben bezeichnet, die nicht absolut notwendig sind. Die Volkswirtschaft muß auf Sparfüßen stehen, ein verständiger Reichstag wird aber nicht auf Kosten der Sicherheit und Wehrhaftigkeit des Landes, wenn bedenkliche Zustände da sind, eine Milderung verlangen. Wenn man so wenig Vertrauen zur Vertretung des Volkes hat, so sollte man lieber die Verfassung und den Reichstag beseitigen und die absolute Monarchie herzustellen. (Unruhe.) Die würde sparsamer sein, viel sparsamer, als der Reichstag sein kann. Es ist zuviel verlangt, wenn der Reichstag nichts anderes thun soll, als jedes Verbot, das die Regierung für notwendig erklärt, einfach mit dem Worte „bewilligt“ zuzustimmen. Ein solcher Versuch, hier Maßhalten zu halten, ist nicht zweckentsprechend, dazu hat die Regierung andere Mittel im Ueberflusse, noch ist er auch gelungen. Weder die heutige Rede des Reichskanzlers noch die im Reichstage haben irgendwie überzeugend auf mich gewirkt. (Lachen rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich weiß nicht, wie Sie darüber lachen können. (Weiter.) Als der Herr v. Bredt endlich die Worte des Herrn Reichskanzlers im Reichstage, die Ruhe und Frieden in die Gemüther Europas zurückgeführt haben, als nur so oben hin gesprochen darlegte, (Unruhe rechts) und ich dagegen Protest erhob, weil ich die amtlichen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers ernst nahm, da haben Sie bei diesem Protest auch gelacht. Wo lachen Sie überhaupt nicht? (Gelächter rechts.) Wer lacht, lacht am besten. (Dol rechts.) Wir wollen das mit Ruhe erwarten. (Sehr wohl! im Centrum.)

Der Herr Reichskanzler hat sich dann über die Monopole geäußert, wohl fühlend, daß das ein Brennpunkt für das Land ist. Genügende Sicherheit für die Aufgabe der Monopolprojekte giebt auch die heutige Rede des Reichskanzlers nicht. Als vordringender Staatsmann hat er sich die Thüren offen gehalten. Er sagt, meine diesbezügliche Frage an den Finanzminister sei nur eine Dokortfrage, die man mit einer anderen an mich zu stellenden Frage vergleichen könnte. Ich gehe darauf nicht ein. (Lachen rechts.) Darüber habe ich mich genügend ausgesprochen; ich sehe voll und ganz auf dem Boden der Verfassung des preussischen Staats und des Reichs und davon gehe ich nicht um ein Jota ab, und ich werde die Verfassung und das allgemeine Wahlrecht verteidigen, auch wenn andere es versuchen sollten, sie anzugreifen. (Beifall links.) Wenn man aber Gefühle der Wut aus der Vergangenheit bewahrt, so sollte das ein künftiges Volk ehren und nicht verhöhnen, wie Sie es thun. (Beifall links.) Der Herr Finanzminister hat im Reichstage das Branntweinmonopol absolut festgehalten als die Anschaffung der Regierung und für das Tabakmonopol ist er persönlich ebenfalls eingenommen. Wenn der für die Finanzen verantwortliche Minister diese beiden Projekte als notwendig erklärt, so muß man das als Thatsache hinnehmen; der pflichttreue Finanzminister hat nach bestem Wissen und Gewissen die Vorschläge zu machen und alles aufzubieten, diejenigen durchzuführen, welche nach seiner Ansicht zur Deckung der Finanzen erforderlich sind, und wenn er bei seinen Kollegen dabei auf Schwierigkeiten stößt, so muß er mit diesem seinen Prinzip stehen oder fallen, so ist es immer in konstitutionellen Staaten. Diese Methode, uns zu immer neuen Ausgaben zu bringen, ohne an die Deckung zu denken, muß uns notwendig in eine Sackgasse führen, in der die Volkswirtschaft einen freien Willen nicht mehr hat.

Dann hat der Herr Reichskanzler eine Anzahl von Mitalledern des Reichstages als „Reichsfeinde“ erklärt. Das ist im Grunde eines aktiven Mißtraus auffällig. Sind die Mitglieder des Reichstages wirklich so, wie er sie schildert, dann muß dafür gesorgt werden, daß solche Elemente gar nicht in den Reichstag kommen. (Weiter.) Beifall und Rufe: Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Reichsfeinde dürfen im Reichstage nicht sein, aber ich leugne, daß solche darin sind. Wir sind sie nicht bekannt. (Lachen rechts.) Alle Parteien des Reichstages, die nationalen nicht ausgenommen, sind vom Reichskanzler früher auch schon als Reichsfeinde hingestellt worden. Die Konserativen, die Freikonserativen,

die ganze Gesellschaft, auch sie haben ihre Hiebe bekommen und sie hätten noch mehr verdient. (Große Heiterkeit.) Das in einer großen Krise eines großen Landes die verschiedenartigen Parteien sich bilden, ist nur natürlich, das ist in der ganzen Welt so. Aber nicht in der ganzen Welt werden Parteien, die nicht unbedingte Folge leisten, sofort für Reichsfeinde erklärt. (Sehr richtig! links.) Der Herr Reichskanzler bleibt aber bei seiner Gewohnheit. In solcher Weise darf man nicht vorgehen, dieses heutige Duett scheint mir sehr bedenklich, zumal es von dem Beifall der Nationalliberalen und Konserativen begleitet wurde. Es wird dadurch das bestätigt, was ich bereits sagte: Es ist wunderbar, daß gerade diejenigen, die sich vorangehend das Verdienst zueignen, das Reich und die Reichsverfassung gegründet zu haben, nun im Bunde zusammenfinden, um durch fortwährendes Anstreifen und Tadeln der wichtigsten Reichsinstitution, des Reichstages, die Grundlagen des Reichs zu erschüttern. Das wird sich schwer rächen, und dieser erste Versuch, an dem Eingangsabend zu rekurrieren, das ist der Vorläufer dessen, was weiter geschehen wird. Möge Gott in diesem schweren Konflikt, der uns bedroht, seine gnädige Hand über Deutschland und Preußen halten! (Beifall im Centrum.)

Abg. Frh. v. Bredt (fr.): Die Rede des Vorredner hat den Eindruck erweckt, als komme es ihm darauf an, die Aufmerksamkeit von der Ursache der Reichstagsauflösung ab- und auf andere Dinge hinzuwenden, besonders auf die Monopole (Widerpruch links und im Centrum, Zustimmung rechts). Er wies wieder auf die Monopole hin, die nach den Erklärungen des Finanzministers immer noch in Sicht wären. Diese Monopole aber sind vorüber, sie würden nur in Folge eines unglücklichen Krieges kommen, sonst nicht. Wer anderes behauptet, sagt es wider besseres Wissen. (Lachen im Centrum, Beifall rechts.) Ein unglücklicher Krieg aber scheint mir das zu sein, worauf Herr Windthorst spekuliert, um Hannover wieder heraufzukeilen. (Unruhe im Centrum.) Wer also keine Monopole will, der muß dafür sorgen, daß der Abg. Windthorst nicht wiedergewählt wird. Die Reichstagsmajorität hat nun entschieden in ihrem Feldzug gegen unsere Militärorganisation unter weislicher Führung die Geschäfte der Feinde des Reichs besetzt. Nach den Erklärungen des Reichskanzlers, die Regierungen ständen ab und ganz auf dem Boden der Verfassung, hatte der Abg. Windthorst keinen Grund zu der Unterstellung, als ob der Reichskanzler die Verfassung antasten wollte. Das allgemeine direkte geheime Wahlrecht wird so lange unangefastet bleiben, als es nicht zum Schaden des Reichs mißbraucht wird. (Beifall rechts.) Aber der Abg. Windthorst braucht derartige Beschuldigungen für die Wahlkampagne. Wer auf den Weg des Konfliktes drängt, ist überhaupt nicht die Regierung, sondern der Vorredner und seine Anhänger. Es handelt sich doch nur darum, ob das Kompromiß erhalten bleiben soll, das auf dem Vertrauen der Regierung zum Reichstage beruht, oder ob etwas an die Stelle treten soll, das beruht auf dem Mißtrauen gegen die Regierung, gegen Se. Majestät den Kaiser. (Unruhe links und im Centrum.) Wenn Sie glauben, daß im gegebenen Fall die Regierungen kein Herabsetzen der militärischen Stärke eintreten lassen werden ohne Hilfe der Herren Windthorst, Richter und Grillewäger, dann richtet sich Ihr Mißtrauen auch speziell gegen Seine Majestät den Kaiser, denn doch vor allen anderen die Sorge für die Armee obliegt. (Lachen links und im Centrum. Rufe: Zur Ordnung! Unruhig! Rufe rechts: Sehr wahr!) Der Konflikt wird also nur von Ihnen gesucht, nicht von denen, die das Befehlshaben verteidigen. Die Wahlen werden es ja zeigen, ob das Volk wirklich geneigt ist, in diesen Konflikt einzutreten. (Beifall rechts. Lachen links und im Centrum.)

Ministerpräsident Fürst Bismarck: Wenn ich dem Abg. Windthorst nicht sogleich geantwortet habe, so war dies durch meinen überlieferten Aufstand begründet. Der Vorredner hat zudem in so bereicherter Weise einen großen Theil dessen, was ich gegen den Abg. Windthorst sagen wollte, bereits gesagt, daß ich darauf verzichten kann. Ich würde überhaupt schweigen, wenn nicht der Abgeordnete durch persönliche Insinuationen in die Nothwendigkeit versetzt hätte, ihm persönlich zu antworten und ihm die Verhinderung zu geben, die er von mir gefordert hat. Als der Abgeordnete das Wort nahm, dachte ich mir: das ist der Führer, dem die Majorität des Reichstags auf jeden Fall gehorcht, der Mann, der im Reichstage das Volk vertritt, so zu sagen, da er die Majorität hinter sich hat, der wird etwas Grundsätzliches und Sachliches zu erörtern, was der Höhe der Situation würdig ist. Statt dessen muß ich erleben, daß er, anstatt mir Gründe für seine Ueberzeugung zu geben, zu der bedenklichsten Waffe, zu der der Verächter gegriffen hat. (Es bestanden, sagte er, Gerächte, wir wollten die Verfassung ändern. Nun, das liegt in derselben Gegend, wie die Regierung der Reaktion beschuldigen, der Monopolen, denken, der Mißtrau, das Wahlgeld zu ändern. Es fehlt also noch die Selbstlosigkeit (Heiterkeit). Ich wundere mich, daß der Abg. Windthorst diese nicht erwähnt hat. Es gehört dies doch in dieselbe Kategorie. (Große Heiterkeit.) Aber der Abg. hat von mir ein Kleinigkeit zu dem bestehenden Wahlgeld verlangt und die Versicherung, daß wir uns nicht mit Herabsetzung für dieses Wahlgeld trügen. Wenn ich also geschwiegen hätte, würde der Abgeordnete nachher in seinen Mittheilungen und seinen Zeitungen sagen: „Darauf hat der Reichskanzler seinerseits nicht geantwortet!“ Er nichtig mich also trotz meines leidenden Zustandes die Versicherung ab, die er von mir verlangt hat, zu geben.

Ich kann diese dadurch einleiten, daß ich sogleich nachweise, daß ich in einem wohlwollenden Verhältnis zu dem jetzt geltenden Wahlgeld stehe, wie der Abg. Windthorst. Der Abg. Windthorst hat damit angefangen, er hätte dieses Wahlgeld ursprünglich nicht gebilligt, ich habe es ursprünglich gebilligt, ich habe es vorgeschlagen. Daß nachher die Reichsgläubigkeit der Wähler und das ungeheure Maß der Verlogenheit der Wahllegation, (Sehr richtig! rechts) in so hohem Grade wirksam wurden, bringt mich auf die Annahme, daß ich das deutsche Volk überführt hatte. Ich rechne auf den Fortschritt der Entwicklung, auf die Schärfung des Urtheils durch die Schulen nach ihrer erfolglosen Emanzipation. Der Herr Abgeordnete hat gesagt, er hätte diese Einrichtung für sehr gefährlich gehalten. Aber gerade deshalb gönnt er sie dem deutschen Reich (Heiterkeit), er wünscht sie beizubehalten, weil sie ihm für seine Parteizwecke am nützlichsten zu sein scheint, als für Reichszwecke. Ich bekenne mich vor der Nation als den schuldigen Urheber dieses Gesetzes, ich habe es gewissermaßen als mein Kind zu vertreten, ich gebe deshalb dem Herrn Abgeordneten die von ihm verlangte Versicherung voll und unumwunden. Im Schoße der verbliebenen Regierung ist von einer Aufhebung dieses Wahlgeldes in keiner Weise die Rede. Nun darf ich doch voraussetzen, daß der Abg. Windthorst an sich denselben Maßstab legt wie an den Finanzminister, von dem er als einem „vir tenax propositi“ verlangte, daß er, was er öffentlich erklärt hat, durchzuführen müsse unter allen Umständen. Nach diesem Vorlangen müßte der Abgeordnete Windthorst gegen das Wahlgeld dauernd auftreten, wie es ist und für das Königreich Hannover dauernd auftreten, wie es jetzt nicht mehr ist, wie es war. Das verlangt die Theorie, die er dem Finanzminister gegenüber entwickelt hat. Er hat sich ja auch nicht öffentlich und amtlich im Reichstage unumwunden als Welsch bekannt, was bei ihm dominiert und seine Eigenschaft als Centrumsführer bei weitem überträgt. Ich habe das Recht, nach seinem eigenen Ausdruck und seiner eigenen Einschätzung ihn für einen Welsch zu erklären, und nach dem Maßstab, den er an den Finanzminister legt — und er wird doch mindestens von sich eine ebenso gute Meinung haben als vom Finanzminister (Heiterkeit) —, muß ich annehmen, daß der Abgeordnete nach wie vor bei der Bekämpfung des jetzigen Wahlgeldes beharrt und nur wünscht, es durch andere zu Fall zu bringen. Es ist das ebenso, als wenn immer von einer Wiederherstellung des Königreichs Hannover auf gleichmäßigem Wege die Rede ist. Der Abgeordnete hat ferner die Sicherheit der Dynastie damit bedroht, daß die Sozialdemokratie sich verdoppeln und vervielfachen würde. Die Bestrebungen des Centrum und der Fortschrittspartei bei den Wahlen sind allerdings darauf gerichtet, durch Wahlkompromisse mit den Sozialdemokraten die Sozialdemokratie zu verstärken (Dol links und im Centrum) und durch Fütterung jeder Autokratie im Lande die Feindschaft gegen die Regierung, welche in der Sozialdemokratie herrscht, nach Artisten zu unterstützen und

vorzubereiten. Ich habe schon früher gesagt, die Fortschrittspartei ist die Vorhut der Sozialdemokratie, indem sie alle Abtönung vor der Dringlichkeit und dem Nützlichkeit ihrerseits untergräbt (sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen), und auf diese Weise tabula rasa im Gemüth des einfachen Bürgers herstellt.

Die Anschuldigungen, die wir aus dem Centrum haben, bewegen sich auf andern Boden. Da habe ich zu fragen über die Unterstützung der Sozialdemokratie bei den Kompromisswahlen, bei den Stichwahlen. Die meisten Sozialdemokraten sind auch durch die Unterstützung des Centrum bei der Stichwahl zur Wahl gebracht worden. (Lebhafter Widerspruch im Centrum.) Es ist das um so auffällender, als gar kein Zweifel darüber besteht, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche, in dessen Namen es steht aufzutreten, diese Praktiken nach zweifelhaften und allbekannten Ansprüchen unbedingt verdammt, diese Gemeinlichkeit mit der Sozialdemokratie, in der das Centrum sich bei uns befindet, sowohl bei den Wahlen als bei den Abstimmungen. Ich glaube auch, daß Sie für weitere Vorgänge in dem Willigen nicht finden, die Sie dem Wähler einreden, und ich glaube, daß die Wähler noch vor den Wahlen ins Klare darüber kommen werden, inwiefern Sie die Stimme der römischen Kurie für das Umsturztreiben, das Sie betreiben gegen das deutsche Reich, auf Ihrer Seite haben. Der Papst ist ein Mann des Friedens und der Erhaltung, und ihm ist damit nicht abzuheben, daß in bestehende Autoritäten Respekt gelegt wird. (Beifall rechts.) Wenn der Wähler sich davon erst überzeugt hat, dann, hoffe ich, wird er nicht mehr unter dem bloßen Verwande des Kirchenkonflikts seine Dienste für einen Kompromiß mit der Sozialdemokratie hergeben.

Der Abgeordnete hat ferner eine Abänderung gemacht, als ob wir das Staatsrecht beseitigen wollten. Es handelt sich ja hier um gar keine Staatsfrage, sondern um eine Frage der Gesetzgebung auf Grund des Artikels 60 der Verfassung. Der hat ein Kleinen im Sinn, wir haben uns auf ein Septennat verglichen, und die Gegner der Regierung sehten dies an und suchten, weil ihnen die Tendenz des Reichs an sich oder so, wie es ist, nicht konform mit dem Spielraum, den dieser Artikel der Verfassung giebt, zu benutzen, um das Reich in seinen Fugen und Fundamenten zu erschüttern. Der Abgeordnete hat dabei selbst schon zu erkennen gegeben, wie rasch die periodischen Bewilligungen herunter gehen. Ich habe vorher gesagt, die Regierungen wollten sich dem nicht aussetzen, daß das Septennat als Ausgangspunkt aller Bewilligungen zu neuen Konfessionen von Seiten der Opposition benutzt würde, und der Kaiser könne aus dem ihm anvertrauten Depot der Regierungsbefugnisse nicht auf diese Weise, auf kurze Zeiträume, ohne Zustimmung der verhandelnden Regierungen weiteres an den Reichstag herausgeben. Wie sehen jetzt schon, die dreijährige Bewilligung genügt nicht. Der Abg. Windthorst findet es ganz natürlich, daß wir jedes Jahr diesen Konflikt haben würden. Je gehäufte nun diese Konflikte sind, je näher sie liegen, desto unheilvoller wird die Existenz des deutschen Reichs. Ob dem Abgeordneten damit abzuheben ist, weiß ich nicht, was ich innerlich glaube, habe ich keine Verpflichtung, hier auszusprechen (Heiterkeit). Der Abgeordnete hat sich dann, nachdem er das Gebiet der Gerächte verlassen hatte, auf das Gebiet der Schlagworte geworfen, und dazu gehörten unter anderem solche Redensarten wie: „wenn die Regierung das nicht will, dann bleibt nichts übrig, als absolute Monarchie.“ Nun, das ist mir eine Redensart, die wirklich tief unter der Würde eines so angesehenen Herrn, eines ehemaligen Ministers, eines großen Staatsmannes steht, wie es der Abg. Windthorst ist. Es ist eine Uebertreibung. Was uns übrigbleibt, ist in diesem Augenblicke der Wähler darüber zu beschreiben, wozu ihn seine Abgeordneten, die jetzige Reichstagsmajorität, führen, wenn er dieselben wiedergewählt und sich ihrer Politik mit gebundenen Händen hingiebt. Es bleibt uns nur übrig, einen andern Reichstag zu bekommen mit anderer Majorität, mit einer nationalen Majorität aufstaut einer reichsfreundlichen. Ich werde diesen Ausdruck gleich nachher erläutern. Wenn der Reichstag, wie der Abgeordnete sagt, ein verständiger wäre, wohl gemerkt, das Wort „verständlich“ unterstrichen, dann wird er allerdings nicht die Selbsthaltung oder Befestigung der Armee ablehnen, wenn das Bedürfnis vorhanden ist. Ob das Bedürfnis vorhanden ist, wird dieser „verständige“ Reichstag selber beurtheilen. Ist er in Wirklichkeit verständig, d. h. reichsfreundlich, dann wird er sicher den Regierungen in dieser Beziehung entgegenkommen, denn die haben absolut kein Vergnügen daran, neue Steuern zu erheben, mehr Soldaten zu haben, sie haben keine Separatarmee im Auge.

Der Abgeordnete sagt, wir sprächen von einer der wesentlichsten Reichsinstitutionen, vom Reichstage mit Geringschätzung. Alles, was wir sagen, richtet sich doch nur gegen die augenblickliche Majorität, gegen die gegenwärtig vorhandene, und diese Majorität besteht in der Hauptsache aus nationalfeindlichen, die ja nicht das Zeugnis des Abg. Windthorst, daß sie reichstreu sind, nicht acceptiren werden. Es ist ja für die parlamentarischen Einrichtungen ganz nützlich, wenn man ein gewisses schilligweises Conventio hat: Wir wollen uns alle gegenseitig für tugendhaft halten, beweist mir das Geantheil! Das heißt: die Geschäftsordnung soll den streifen, der überdauert sich erlaubt, unsere Tugendhaftigkeit und christliche Reichsfreundschaft zu bezweifeln. Ihre Geschäftsordnung mag Ihnen das vorschreiben und Sie werden danach handeln. Für die Redefreiheit, die ich im Namen des Königs und der verbündeten Regierungen habe, ist diese Geschäftsordnung nicht bindend, ich habe also die Verpflichtung, jeden für reichstreu und königstreu zu halten, der sich dafür ausgiebt, besonders gegen die Republikaner in der Fortschrittspartei habe ich mich nicht für verpflichtet, sie für Königsstreu zu halten. Ich glaube an Ihre Königsstreu nicht, wenn Sie auch die dem König feindlichsten Unvorsorgungen mit dem Rufe begleiten: „Es lebe der König!“ Es mag in der Provinz Leute geben, die weil sie die parlamentarische Thätigkeit dieser Herren nicht kennen und nie kennen lernen werden, sich durch solche Verleumdungen und Behauptungen des Royalismus fangen lassen. Diese Leute lassen sich durch die Verheerung der Königsstreu täuschen und verführen. Nichts Gutes nach meinen Worten und nicht nach meinen Werken, dieser Grundbaß ist hier maßgebend; meine Worte sind dem König, seiner Autorität und der Regierung feindselig. Ich stehe daher nicht an, die Zwecke der letzten Ziele der Fortschrittspartei als unverträglich mit den monarchischen Einrichtungen zu bezeichnen und bin daher zu der Bezeichnung der Fortschrittspartei als antimonarchisch und republikanisch sehr wohl berechtigt. (Sehr wahr! Sehr richtig! rechts.) Ich bin weit entfernt, der absoluten Monarchie zuzustimmen, ich halte sie überhaupt für eine unumgänglich Nothwendigkeit. Der regiert denn da? Entwerfer der Bureaufrat oder der Generaladjutant oder irgend Jemand, der die Geschäfte gar nicht kennt. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß die Monarchie teuremehrt werde durch die Freiheit der Presse, durch die Nothwendigkeit und Unentbehrlichkeit der Zustimmung zu jeder Veränderung des gesetzlichen status quo, daß also die gesetzgebende Gewalt getheilt werde, und daß die Vertreter des Volkes und der freien Presse im Stande seien, ohne Furcht und ohne Rücksicht den König und seine Regierung auf jeden irrthümlichen Weg, den er einschlägt, aufmerksam zu machen. Nur gegen Alles das trete ich auf, was mit der preussischen Verfassung nicht übereinstimmt, das ist: gegen das Mißregierenwollen, und alle Veruche werde ich bekämpfen, die in Preußen oder im Reich gemacht werden im Widerspruch zu dem Geiste der preussischen Verfassung: die vollständige Gewalt ruht beim König allein. Ich spreche dieses politische Glaubensbekenntnis aus, um den Gedanken zu bekämpfen, als wenn ich ein Freund des Absolutismus und der unbeschränkten Gewalt wäre. Der Absolutismus herrscht viel mehr im parlamentarischen Leben, er herrscht in der Majorität, in der der Reichstag von einer Stimme. Dann ist er viel größer, als wenn hier ihn ein einzelner ausübt; denn ein einzelner hat Rücksicht zu nehmen auf Meinungen, eine Majorität nicht: numerus stat pro ratione. Es ist für den Bundesrat eine außerordentliche Erleichterung, daß er, wenn er Beschlüsse des Reichstages abzulehnen hat, nicht mehr Gründe anzuführen braucht, sondern einfach zu sagen berechtigt ist (er thut es nicht immer, aber er ist doch berechtigt zu sagen): Dieser Beschluß hat die Majorität im Bundesrat nicht gefunden. Der Abgeordnete hat mir vorgeworfen, ich verhöhnte die Sam-

noverauer als ein königstreuere Volk. Das liegt mir vollständig fern. Wenn ich etwas nicht zu verhehlen, aber anzuerkennen geneigt bin, so ist es das Verfahren derjenigen, die mit den künftigen treuen Gefühlen dieser ersten Bevölkerung des Rheinburger Landes für ihre ehelichen Verheirathungen Gesetze zu machen suchen. (Sehr richtig! rechts.) Das tadle ich aufs Schärfste, das verhöfne ich, wenn ich es kann.

Ich habe dem, was ich sagte, nichts weiter hinzuzufügen. Ich freue mich, diese Debatte angeregt zu haben. Wenn der Abgeordnete Windthorst sagt, das Ganze mache den Eindruck, daß ich mich mit dem Grafen Limburg verkehrt hätte, und wenn er von einem Duell zwischen Graf und Fürsten sprach, so kann ich ihm darin vollständig Recht geben (Alas! links und im Centrum.) Ich habe mich verabschiedet, und ich möchte den Abgeordneten fragen, ob er überhaupt solche Verabredungen verfassungswidrig findet (Weiterkeit. Abg. Windthorst ruft Nein!) Wenn der Abgeordnete die Thatsache, daß ich mich mit dem Grafen Limburg verabschiedete, so schon mit seiner Entrüstung zu treffen weiß, so klingt das gerade so, als ob er mir damit eine ganz schändliche Handlung vorwerfe. Ich habe erst in der vergangenen Nacht, die ich schlaflos verbrachte, die Rede des Abgeordneten von neuem über das Monopol gelesen, und da dachte ich, das kann so nicht hingehen, das kann nicht unüberprüft bleiben. Das ist zu den Wählern geredet. Dagegen muß etwas gesagt werden, und da habe ich mich denn mit dem Abg. Grafen Limburg, Stirum verabschiedet, daß wir an dieser Stelle einsehen wollten und dazu bin ich doch vollständig berechtigt. Es ist doch auch für die 28 Millionen Preußen nicht ganz gleichgültig, ob sie erfahren oder nicht, was ihr König im Reichstage für eine Politik vertreten läßt. Ich habe mir die Sache in einer zweckmäßigen Weise eingerichtet, um mir die Möglichkeit zu gewahren, über diese Frage mich auszusprechen. Ich mache gar kein Geheimnis davon und protestire dagegen, daß irgend etwas Anderes darin gelesen hätte, als die Verantwortlichkeit, meinem Lande in möglichstem Einverständnis mit seinen Vertretern diejenigen Dienste zu erweisen, die nach meinen schwachen Kräften mit möglich sind. Dazu rechne ich auch die Klärung des Reichstagskonflikts im preussischen Landtage, der 3/4 der Bevölkerung des deutschen Reiches vertritt. Es wäre fast eine Verachtlung zu nennen, wenn ich es unterlassen hätte. Ich hätte mich mit meinem Gesundheitszustande entschuldigen können und darum bitte ich auch sehr um Nachsicht; wenn ich auch in dieser Debatte noch viel sagen konnte, so reicht doch meine Körperkonstitution in diesem Augenblicke dazu nicht aus. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Richter (fr.): Es ist doch etwas sehr Künstliches, an den Etat der preussischen Gesandtschaften eine Diskussion über den Reichstag anzuknüpfen. Wenn heute im Gegenstand zum Finanzminister, der den Reichstag für geschlossen erklärte und jede Erklärung in Bezug auf dort schwebende Fragen verweigerte, der Reichstag hier kritisiert wird, so kann ich dies nur als ein Kennzeichen dafür ansehen, daß die Regierung sich doch in der öffentlichen Meinung als nicht sicher festgestellt erachtet. (Unruhe rechts.) Die Regierung benutzt dies als Agitationsmittel, um ihre Freunde in Stimmung zu erhalten. Was ich über die Monopole heute gehört habe, kann mich durchaus nicht beruhigen. Nicht nur im Falle eines glücklichen Krieges, sondern auch nach einem für die Regierung günstigen Wahlsieg würde sich die Monopole haben. Wegen so eiserne Naturen, wie der Reichskanzler die ich an ihren „Idealen“ festhalten, muß man sich auch entsprechend einrichten und immer gerüstet sein. Wenn ich bei der Septennatfrage jemand unter dem Eindruck der politischen Situation schwankt, dann können wir nicht sicher sein, daß solche Abgeordneten auch in Bezug auf die Monopole ein ähnliches Schwanken zeigen. Darum nehmen wir es in dieser Beziehung so genau. Wenn der Reichskanzler sich als Vater des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts hinstellt und damit die Behauptung zurückweist, als beabsichtige er eine Verneuerung desselben, so erinnere ich daran, wie er als Vater seine eigenen Kinder verachtet hat. (Weiterkeit.) So geschah es bei Beseitigung des Handels und bei den kirchenpolitischen Gesetzen, als deren eigentlicher Vater er doch angesehen ist. Er hat diese seine Kinder eines nach dem andern sogar als Väter in vier Novellen bestraft. Auch erinnere ich an die Erklärungen des Ministers v. Bülow über das geheime Wahlrecht. Im Schöße der verbündeten Regierungen, sagt der Reichskanzler, seien noch keine Verhandlungen über das Wahlgesetz gepflogen worden. Nun, wenn der Reichskanzler will, kommen Vorlagen binnen 24 Stunden und in zweimal 24 Stunden ist das Projekt bereits an den Reichstag gelangt. Das haben wir beim Tabakmonopol erlebt. Auch giebt das Verhalten der konfessionslosen Partei dem allgemeinen Wahlrecht gegenüber zu Besorgnissen Anlaß. Herr von Hammerstein und Herr von Helldorf haben offen erklärt, daß sie einer Beseitigung desselben ganz zustimmen würden und zwar in dem Sinne, daß der Reichstag auf Verfassungsrevision begründet würde. Vorstich ist die Mutter der Weisheit. Frau, schon wenn! (Beifall links.) Die ganze Art, wie er vom Zufall, von zufälliger Zahl 10 spricht, zeigt, daß in seinem Inneren eine andere Art von Vertretung seinen Ideal entspricht, wie denn auch der Volkswirtschaftsminister als die eigentliche Vertretung des Volkes gerühmt wird. Der Abgeordnete v. Zedlitz hat durch gehobene Stimme das geringere Gewicht des Inhalts seiner Rede zu erkennen gesucht. (Weiterkeit links, Widerspruch rechts.) Wenn der Reichskanzler vor ihm spricht, dann weiß man ja, was Herr v. Zedlitz sprechen wird. (Weiterkeit.) Herr v. Zedlitz will also Freiheit, aber eine solche, mit der man keinen Mißbrauch treiben könne. Aber so etwas giebt es nicht, jedes Recht, das einen Werth hat, kann mißbraucht werden; sonst verlangt man kein Recht, sondern einen Schenken. (Sehr richtig! links.) Dann hat der Reichskanzler selbstbewußt von den Wahlkompromissen gesprochen. Dies Thema hätte man doch nicht anschlagen sollen, wo ein Kompromiß von Söder bis zu Bismarck hin abgeschlossen wird. Solche Kompromisse haben wir nie abgeschlossen und werden wir nie schließen (Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen, Zustimmung links.) Nur ein einzelnes Gesetz kann man sich verbinden, nicht aber bei Wahlen für drei Jahre, wo es sich noch um ganz andere Dinge handelt, als das Septennat.

Der Reichskanzler hat von freiwilligen Wahlkompromissen zu Gunsten der Sozialdemokraten gesprochen. Aber die Sache liegt ganz anders. In Magdeburg hat der königliche Polizeipräsident, wie er mir gelungen hat, die Konfessionen aufgeföhrt, gegen die Freikämpfer für die Sozialdemokraten zu stimmen. (Hört! hört! links.) In Hannover haben die Nationalliberalen für die Sozialdemokraten gegen die Weissen, in Breslau zum großen Theil für die Sozialdemokraten gegen die Freikämpfer gestimmt und in München haben sie mit den Sozialdemokraten ein formelles Kompromiß abgeschlossen. In Köln lehnte nur das Centrum ab.

Der Reichskanzler Treue gegen die Verfassung ist die Treue gegen die Verfassung, wie man sie auslegt, und seine Auslegung widerspricht allen bisher gegebenen Auslegungen. Er läßt nur die Paragraphen, die ihm passen, aber nicht die Verfassung in ihrem Zusammenhang. Wenn er von dem Septennat als einem Kompromiß sprach, so war es eben nur ein Kompromiß mit den Parteien, die ihm zugethan waren, und auch bei diesen nur für die Jahre 1874—1881. Die Heubner, Miquel und auch Richter, erklärten damals ausdrücklich, daß sie mit der Bewilligung auf sieben Jahre der künftigen Bewilligung der Friedenspräsenzliste aus auf längere Zeit nicht präjudicieren wollten. Aber selbst hat ja auch die Regierung das Kompromiß garant gehalten, da sie schon nach 6 Jahren mit der Vorlage gekommen ist. Und dann handelt es sich bei der Festschließung vor allem um die Höhe der Ziffer. Wie werden 1874 noch 1881 hat man, wie jetzt, ein Prozent der Bevölkerung nach der letzten Volkszählung verlangt. Der Reichskanzler bezeichnet das Septennat als Kompromiß gegenüber dem Aternat. Da widerspricht er sich, er hat selbst gesagt, daß er das Aternat gar nicht wolle, weil es die Krone zu sehr binde. Wo ist da also ein Kompromiß? Würde das Aternat eingeführt, so würde der Reichskanzler sich sicherlich von der Verantwortlichkeit der Entscheidung überzeugen und sich ebenso vom Septennat abheben, wie jetzt vom Aternat. Er verlangt eine Festsetzung auf längere Jahre, weil die erhöhte Rekrutenausbildung erst nach einigen Jahren zur vollen Wirkung kommen. Wir sind aber durchaus gegen erhöhte Rekrutenausbildung, unser Programm

verlangt vielmehr, daß möglichst alle zum Kriegsdienst herangezogen werden. Der Streitpunkt ist nur die Dauer der Dienstzeit; sie hat alle Verhandlungen beherrscht. Es ist aber einmal in weiten Kreisen des Volkes, namentlich solchen, die selbst drei Jahre gedient haben, die Überzeugung, daß die dreijährige Dienstzeit als Vorbereitung für den Krieg zu lang ist (Lebhafter Widerspruch rechts). Die Leute werden als Aufwärter, als Burthen zu Ordnanzen dienen, weit mehr als es nöthig ist (Lachen rechts). Dazu kommt, daß auch in Militärkreisen die Frage nach der Nothwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit diskutiert wird. (Lachen rechts.) Trotzdem haben wir aus Rücksicht auf die Einführung des Repetiergewehrs und auf die auswärtigen Verhältnisse uns entschlossen, für die volle Erhöhung auf drei Jahre zu stimmen. Wir wollten nur bei der neuen Belastung eine neue Prüfung der Frage nach drei Jahren eintreten lassen. Das ist kein Machtgebot der jetzigen Abgeordneten, sondern Rücksicht auf die künftigen Abgeordneten, da wir sonst den Wählern ein Mißtrauensvotum gegen ihre eigenen Abgeordneten ausstatten müßten. Mit der Phrase „Parlamentarismus“ oder „Kaiserliches Heer“ hängt man Niemand, an die glaubt kein vernünftiger Mensch. (Lachen rechts.) Lachen Sie nur, bei den allgemeinen Wahlen wird man über die Dreiklassenwahlabschieden lassen. Was unsere Königstreue betrifft, so sollte man sich doch hüten, so oft unnöthig die Person des Monarchen in die Debatte zu ziehen. Wenn Sie (rechts) das thun, so thun Sie es nur, um dadurch den Mangel Ihrer eigenen Gründe zu decken. Es wird die Zeit kommen — aber Sie werden dann nicht so zahlreich hier sein (Lachen rechts) — wo wie früher wieder das für unabhängig gelten wird.

Der Reichskanzler wirft uns Mangel an Reichstreue vor. Aber das kommt nur daher, weil er infolge seiner großen Verdienste um Begründung des Reiches und infolge seiner langen Thätigkeit im Reichsdienst seine eigene Person mit dem Reiche verwechselt. Ihm fehlt jeder reichsfreudlich, der etwas anderes will, als er, jeder reichsfreudlich, der ihm nicht Ordre parirt. (Lachen rechts, Beifall links und im Centrum.) Das macht jetzt im Land um so weniger Eindruck, als der Reichskanzlers Ansichten darüber, was dem Reiche dienlich und was reichsfreudlich ist, schon so und so oft gewechselt haben, als heute für reichsfreudlich gilt, was gestern reichsfreudlich war, und umgekehrt. Hat doch der Reichskanzler die Schutzpolizei und die Sozialreform, die nach seiner Ansicht dem Reiche so überaus förderlich sind, nur durch die Hülfe des angeblich reichsfreudlichen Centrums durchgeführt! Und wenn der Reichskanzler uns weiter vorwirft, wir wollten die Rechte der Krone antasten, so muß ich ihm offen sagen: Nicht wir wollen die Rechte der Krone beschränken, sondern diese sind bereits beschränkt durch die übernatürliche Stellung des Reichskanzlers. (Lachen rechts.) Es ist der Krone faktisch unmöglich, den Reichskanzler zu entlassen, und so ist eins der wichtigsten Rechte der Krone, das Recht der freien Wahl der Minister, dadurch illusorisch gemacht.

Wenn wir hier für unser Recht eintreten, nehmen wir nur die Interessen der armen Leute wahr, die in Folge des Dreiklassenwahlsystems hier nicht vertreten sind. Wenn wir hier für eine unabhängige Volksvertretung eintreten, so verstehen wir damit auch die Interessen und die Sicherheit der Krone. (Beifall links. Unruhe rechts.)

Ministerpräsident Fürst v. Bismarck: Ich wünsche, daß der Abg. Richter als Wahlparole für die Fortschrittspartei die Gefahr auslegt, in welche die Krone Preußen gesetzt worden ist. Auf mich hat das keinen Eindruck gemacht. Dem Abg. Windthorst will ich nur wünschen, daß der Abg. Richter ihm so gehorcht ist, wie ich unter allen Umständen der Majestät des Königs von Preußen bin. (Sehr richtig!) Der Zweifel daran verfallt vollständig der Biederkeit. Ich habe Gedanken der Zustimmung zwischen der Fortschrittspartei und dem Centrum aus der retrospektiven Kritik des Abg. Richter über die Gesetzgebung hervorgehen lassen und möchte dem Abg. Windthorst empfehlen — principiell obsta — bei Zeiten zu sehen, daß das nicht in die Saht schließt, sonst wird die Einigkeit der beiden Fraktionen doch schließlich in die Brüche gehen. Ich habe den Eindruck gehabt, daß der Abg. Richter, wenn auch einseitig, nur konditionell und im Hinblick auf die Vergangenheit, sich heute gegen den Abg. Windthorst auflehnt, das hat mich überfallen. Der Herr Abg. Richter hat es dann unanständig gefunden, Se. Majestät den König in unseren Debatten zu erwähnen, dann muß er auch die Verfassung „unanständig“ finden, denn dieselbe spricht in unglücklichen Artikeln vom König. (Unruhe links. Sehr richtig! rechts.) Sie können das nicht zu glauben, lesen Sie doch die Verfassung. Ich kann dies nur empfehlen, es ist viel besser, als all die parlamentarischen Theorien. Wer wünscht, daß vom König nicht die Rede sein soll, hat das Bedürfnis, die königliche Gewalt in Vergeßheit zu bringen. In ostasiatischen Ländern haben wir so verachtete Personen gehabt, die so hoch standen, daß nichts von ihnen gesehen oder gesprochen werden durfte. In England durfte vom König nicht geredet werden, weil das die Macht der Aristokratie in den Schatten gestellt hätte. Hier würde die Macht der Parteien in den Schatten gestellt werden. Die königliche Gewalt ist eine Macht, mit der jeder rechnen muß. Was von der Krone hier gesagt worden ist, daran glauben die Herren selbst nicht: Sie sind sich ihrer Schwäche wohl bewußt und wünschen, daß von der Stärke des preussischen Königthums möglichst wenig die Rede sein soll. Ich halte es also nicht für unanständig, vom Könige zu sprechen, und werde es so oft thun, wie ich seinen persönlichen Willen hier geltend zu machen habe, was für mich der entscheidende Grund ist. Der Herr Abgeordnete hat sich auch mit der Verfassung selbst nicht befaßt, er hat ein Abstraktum der Verfassung, ein Destillat aus der Verfassung gemacht, gelagt, es handelt sich nicht um den Wortlaut, sondern um das „Weßen“ der Verfassung, welche er gegenüber gestellt hat, und die Theorie, welche sich mit der Zeit entwickelt habe, stände mit dem Weßen der Verfassung im Widerspruch. Auf das „Weßen“ der Verfassung kann ich mich nicht einlassen, das ist eine fortwährende Tendenz. Ich halte mich an den Wortlaut der Verfassung, den werde ich metereits vollständig für bindend halten. Danach ist der Artikel 59 der Verfassung maßgebend für die Präsenzliste der Armee, wenn ein Gesetz und so lange ein Gesetz auf Grund des Art. 60 nicht zu Stande gekommen ist. Dieses Verhältniß lag vor bis 1874 und deshalb hat man sich damals mit einem Nothbehelf befaßt auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das ist mobilisiert durch das jetzt geltende Septennat, das mit dem Frühjahr 1888 abläuft und das wir vollständig bereit sind auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit welcher der Kaiser aufrufen kann auch trotz seiner außerordentlichen Prerogative, welche die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des eben überstandenen Kriegs in die Hände des Kaisers gelegt hat und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Gesetz auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Das ist im Jahre 1884 zu Stande gekommen. Der Herr Abgeordnete und viele mit ihm haben das damit gegebene Gesetz bargelegt als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt ist zu geben, während es umgekehrt nach der ganzen Geness der Verfassung die Minimalgrenze ist, bis zu welcher der Reichstag verpflichtet ist zu bewilligen. Wir werden das im Art. 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgaben des Militäretats gegeben ist, finden, wenn Sie es nach

Wahrheit (Lust). Er versteht ja doch alles am besten. Ich wundere mich nur, daß auf dem englischen Bleistift neulich der Fürst Bismarck als einer der größten Männer des Jahrhunderts genannt worden ist und nicht Herr Richter. (Oh! Lust.) Ich glaube, daß seine Bestien auch schon erheblich erschüttert in im Lande. Er meint, daß, wer zum Sechsten hundert, nicht als ein freimüthiger Mann betrachtet werden könne. Nun ist aber Herr Richter selbst schon von einem Jahr zu drei Jahren geschwunden. Auch Herr Windthorst schien mir schon auf diesen Weg gerathen zu sein, wenn er meinte, warum man die dritte Lesung nicht abwarten habe. Was die Anhänger des Herrn Richter betrifft, so sind mir vielfach von solchen Telegramme und Briefe zugegangen, woraus zu ersehen ist, daß sie nach seiner Haltung in der Militärfrage nichts mehr mit ihm zu thun haben wollen. (Hört! hört! Lust.) Ich möchte auf die Erklärungen hinweisen, welche aus dem Munde des Herrn Richter gekommen sind, worüber wir ja Authentisches hören werden, wenn Herr Richter von seiner Heiterkeit gesehen ist. Ich glaube, Herr Richter wird schließlich allein übrig bleiben, und wenn er meint, daß im ganzen Lande über die Treue des Mannes gelacht werde, so gehört er ja auch zu diesen und es kann also auch über ihn gelacht werden sein.

Dann hat er gesagt, daß die Reichsversammlung das ureigenste Werk des Reiches sei, der diese seine Kinder nachher gegeben hat. Nun, Herr Richter und seine Freunde haben ja an dieser Reichsversammlung, wie auch an der Herstellung dieser Gesetze. Ich erinnere an den Aufbruch Bismarck's, in dem der preussische Staat geradezu aufgeführt wurde, den Gesetzen des Reiches Hohn zu verweigern, und Herr Richter hat mit seinen Anhängern den Brand leuchtend gelüftet. Wir sehen jetzt im ganzen Lande, daß man nur noch spricht von einer Partei, an deren Spitze Herr Windthorst steht. (Sehr richtig! rechts.) Die Fortschrittspartei ist ja in das ultramontane Lager übergegangen, und wenn Sie die freimüthige Presse antehen, so werden Sie finden, daß Alles, was unter an Bismarck und an Ausgriffen in der ultramontanen Presse steht, sofort dort Abdruck findet.

Herr Richter sagte dann, er könne unser Wahlkompromiß nicht billigen. Er stellt sich die Sache wahrscheinlich so vor, daß wir ihn hätten fragen müssen, ob er es billige. (Heiterkeit rechts.) Ich glaube, daß am heutigen Tage die kleinen Angriffspunkte, die der Abg. Richter sich ausgesucht hat, wohl in der Größe der Situation, in der wir stehen, verschwinden. Wir fragen: Soll sich hierin Weichen, wenn ein Reichstag besteht, der in den wichtigsten Fragen verliert, Seine Majestät der Kaiser dieser Majorität unterwerfen? Ich nenne den Namen Sr. Majestät und ich möchte von Präzedenzen sehen, der einen preussischen Abgeordneten verhindern sollte, diesen Namen zu nennen. Soll der Kaiser seine Rechte auf die Majorität des Reichstages übertragen, welche das Land wehrlos machen will? (Beifall rechts, Lachen links.) Nein, die Autorität der Herrn Richter und Windthorst in militärischer Hinsicht erkennt das Volk nicht an, wenn der Kaiser, seine Paladine und Generale der Überzeugung sind, daß die Ablehnung ihrer Forderungen zur Verhinderung des Reiches beitrage. Wir haben in Preußen, so weit es an uns ist, durch Beschlüsse, durch Wahlreden im Hause, das unsere zu thun, um die Paladine des Reiches und seine Generale zu unterstützen, und das wollen wir thun. In diesem Moment, wo das ganze Land in der Erwartung dessen steht, wie der Reichstag sich verhalten wird, kommt Herr Richter mit seiner Hochachtung (Lachen rechts) und redet von Bismarck, Ordensungen und dergleichen. In diesem Teil seiner Rede hat er sich als nichts anderes hingestellt, denn als einen Jünger der Sozialdemokratie. Das sollte er den Sozialdemokraten überlassen, die sich immer als die Führer der kleinen Leute hinstellen. Den kleinen Mann kann er doch nicht damit, denn so dumm ist der kleine Mann während seiner dreijährigen Dienstzeit nicht geworden. (Heiterkeit, Lachen.) Ich glaube, wir können nur hinstellen als die Vertreter dieser kleinen Leute des Reiches und des preussischen Königshauses. (Beifall rechts.)

Welche Wege eingeschlagen werden, wenn wieder eine solche Reichstagsmajorität zu Stande kommt, das wissen wir ja nicht. Ich habe hier vor einigen Tagen erklärt, daß Sr. Majestät auf die Majorität im preussischen Abgeordnetenhaus in allen Fragen seines Lebens sich verlassen könne. Wenn ein Konflikt kommt, dann wird jeder Einzelne hier den Vorschlag haben, doch er trenn von seiner Sr. Majestät siche. Vorläufig haben wir für die Reichstagswahlen zu wirken, und ich glaube, daß wir frohlicher daraus hervorgehen werden, als der Abg. Richter es meint. (Abg. Richter: Oder auch nicht! Heiterkeit.) Warum stellen Sie nicht die Frage so, wie Sie liegt? In dem Wahlauspruch der Reichstagspartei, der eine Reihe von Unwahrheiten enthält, werden die Monopole ins Feld geführt. Es heißt dort, daß es sich gar nicht mehr um die Militärfrage handelt, sondern nur um Schnaps und Tabak. (Abgeordneter Richter: Sehr wahr!) Das scheint aber auch nicht mehr zu ziehen, und nun kommt Herr Windthorst, der Herr Richter in Bezug auf die Wahlparole noch über ist, und sagt: Ja, um Monopole handelt es sich ja auch, aber die Hauptsache ist das allgemeine gleiche, geheime Wahlrecht. (Zustimmung im Centrum.) Natürlich führen die Herren im Centrum Brau, sonst würden sie ja in den Fraktionskämpfen verbannt werden von Herrn Windthorst. (Große Heiterkeit.) Abgeordneter Richter: (Heiterkeit) Herr Richter sagt, ich wäre ein feiner Herr. Ich gehe, wenn Herr Richter sich für einen „feinen Herrn“ hält, daß ich dann darauf verzichte, mit ihm gleichgestellt zu werden. (Heiterkeit.) Wenn Herr Windthorst dann hier eine Steuerrede gehalten hat, um auf die Finanzverhältnisse hinzuweisen, so hat er ja doch trotzdem der Bewilligung im Reichstage auf drei Jahre angekündigt. Ich glaube, ich brauche keine weitere Zustimmung aus den Reihen der Herrn Richter und Windthorst anzufordern. (Lust.) Ich möchte nur noch bemerken, wenn hier von dem Grundgedanken des Reichstages Rede ist, dann ist das Reichstagsgesetz gesprochen, daß der Solgefanz des Fürsten Bismarck durch das Land gehen wird und es wird überleben, was die vereinigten Herren Richter und Windthorst heute hier im Hause ausgesprochen haben. (Beifall bei den National Liberalen und rechts.)

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Ich gehe, daß wir etwas sehr weit von der Frage, welche und hier eigentlich beschäftigt, sehr weit abgewichen sind. (Fürst Bismarck verläßt den Saal.) Am weitesten ist aber wohl der Vorredner von dem Thema abgewichen, welcher meinte, die Hauptsache sei es, wie die Reichstagswahlen ausfallen, und daß wir hier für die Wahlen zu wirken haben. Er hat auf meine Rede bei der Budgetberatung hingewiesen, obwohl ich mich am meisten an den Etat gehalten habe. Mir genügt es, festzustellen, daß es von Herrn von Cerny mit so großer Bestimmtheit gefordert worden ist, hier Wahlreden zu halten. Mit seiner Anerkennung über die vereinigten Parteien des Centrum und des Freisinn ist er in Widerspruch gekommen mit dem Reichstagsgesetz, welcher sagte, daß wir gegen das Centrum in Rebellion seien. Der Antrag, welcher im Reichstage zur Annahme gelangte, ist weit mehr aus der Initiative der Freisinnigen als aus der der Centrumspartei hervorgegangen. Herr von Cerny hat sich für berechtigt gehalten, den Namen Sr. Majestät wiederholt in die Debatte zu ziehen. Da kann ich nur feststellen, daß es früher Gebrauch war, auf den Namen und die Meinung des Kaisers sich zu berufen, zu vermeiden, und daß in solchen Fällen, wo es geschah, der Präsident darauf hinwies, daß dies nicht üblich sei. Wenn Herr von Cerny Herrn Richter Schwankung vorwirft, so bemerke ich, daß der Abg. Richter in der ersten Lesung der Militärvorlage sich mit voller Bestimmtheit dahin ausgesprochen hat, daß wir die einjährige Bewilligung für das Bessere halten, daß wir aber zu einer dreijährigen bereit sein würden. Wir meinen allerdings, daß wenn jemand bereit ist, über diese Bewilligung hinauszugehen, man auch Misträuen gegen ihn haben könne, daß er einst für die Monopole stimmen werde. Die Erklärung des Herrn Cerny genügt nicht, wenn wir auf die Getreidefrage denken. Der Reichstagsantrag hat eine Garantie für die Aufgabe des Monopols geboten nicht aberkannt, auch der Herr Finanzminister nicht. Nur Herr von Cerny hat gesagt, das Monopolmonopol sei derartig, daß, wenn man niemals darauf zurückkommen könne. Aber er ist vom Finanzminister auf das entschiedenste deklariert worden. Auf den Einwurf des Herrn Richter, daß Herr v. Cerny

ein feiner Herr sei, hat dieser geantwortet, wie er sich diese Feinheit ausmalte. Er hat dabei als ein unkennlicher Herr das Bild gezeichnet, daß Herr Windthorst mit seinen Fraktionsgenossen in der angegebenen Weise aneinander möge. Wenn der Reichstagsantrag einen Verweis daraus gemacht hat, daß wir mit den Schankwirth vereinigt uns gegen das Monopol wenden, so sind wir der Meinung, daß das Interesse der Schankwirth gegenüber den allgemeinen Interessen verschwindet. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, die Geschäftsvertheilung zu bewilligen. (Große Heiterkeit.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt, auf Vertagung angenommen. Verschiedlich bemerkt Abg. Dr. Windthorst, er verwarf sich und seine Partei gegen das ihnen vom Reichstagsantrag imputirte Bündnis mit den Sozialdemokraten. Das Centrum sei nie und bei keinen Wahlen mit den Sozialdemokraten zusammengegangen. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung). Schluß 5 Uhr.

Königliche Nachrichten.

Sr. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Fürsten zu Scharnhorst-Dehring, Herzog von Ujest, den Schwarzen Adler-Orden zu verleihen.

Sr. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den Heliographen des preussischen Staates, Geheimen Regierungsrath und Professor Dr. von Treitschke zu Berlin, den Geheimen Hofrath Dr. Gustav Freytag zu Wiesbaden und den Kompositionen Johannes Bachmans zu Wien nach stattgehabter Wahl zu ständigen Mitgliedern des Ordens pour le merite für Wissenschaften und Künste, sowie den Maestro Giuseppe Verdi zum auswärtigen Ritter dieses Ordens zu ernennen.

Deutsches Reich.

Verkaufmachung.

Im Folge Aufhebung der Quarantäne-Maßregeln in den Mischwasserhäfen werden die Fahrten auf der deutschen Postdampferlinie im Mittelmeer vom 26. Januar ab, gemäß des früher veröffentlichten Fahrplans, von Triest über Brindisi nach Alexandria stattfinden. Die Fahrt der deutschen Reichs-Postdampfer von Brindisi erfolgt danach nicht, wie bisher, Donnerstags, sondern Freitags früh, zum ersten Mal am 28. Januar. Briefsendungen, welche diesen Postdampfern in Brindisi zugeführt werden sollen, müssen so zeitig zur Einschiffung gelangen, daß sie spätestens mit den Bahnhöfen in den nachgeordneten Häfen verladen werden können: 1. aus München an jedem zweiten Mittwoch um 10.45 Uhr früh nach Rastatt zum ersten Mal am 2. Februar, 2. aus Frankfurt (Main) an jedem zweiten Dienstag um 9.40 Uhr früh nach Rastatt zum ersten Mal am 25. Januar bzw. 8. Februar, 3. aus Straßburg (Els.) an jedem zweiten Mittwoch um 3.47 Uhr früh nach Rastatt zum ersten Mal am 26. Januar bzw. 9. Februar. Die Abmeldung an Bord muß hierauf spätestens an jedem Dienstag um 5.00 Uhr Abends erfolgen zum ersten Mal am 25. Januar bzw. 8. Februar.

Berlin W., 22. Januar 1887.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
von Stephan.

Königliche Preken.

Sr. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den bisherigen Kreis-Schulinspektor Heinrich Schellong in Neustadt Westpr. zum Regierungsrath und Schulrath zu ernennen; ferner dem Civil-Ingenieur und Fabrikanten Bernhard Bohlen zu Berlin das Prädikat eines königlichen Hoflieferanten zu verleihen.

Sr. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: bei der Metropolitankirche zu Posen den bisherigen Dompropst bei der Kathedrale des Bischofs Kuhn, Dr. Gustav Maniara, in Posen, zum Dompropst, und den bisherigen Pfarrer Peter Dombek in Breslau zum Domherrn zu ernennen.

Der Regierungsrath und Schulrath Heinrich Schellong ist der königlichen Regierung zu Königsberg i. Pr. überwiesen worden.

Der Forstmeister Dieke zu Gumbinnen ist auf die durch Denonstration des Forstmeisters Freyherren von Buttlar-Bezzenberg erledigte Forstmeisterstelle Rassel-Habichtswald, und der Forstmeister Krause zu Posen auf die durch Denonstration des Forstmeisters Dehnert erledigte Forstmeisterstelle Rassel-Marburg versetzt worden.

Veränderungen in der Armee.

Das „Militär-Wochenblatt“ vom 22. Januar enthält folgende Genennungen, Beförderungen u. Versetzungen. 13. Januar. v. Brandt, Hauptm. und Komp. Chef vom Kadettenhaus zu Wahlstatt, in das 3. Niederschles. Inf. Regt. Nr. 50, v. Wartenberg, Hauptmann und Komp. Chef vom Kaiser Franz Garde-Gren. Regt. Nr. 2, zum Kadettenhaus in Wahlstatt, — verlegt, v. Quast, Hr. Lt. vom Kaiser Franz Garde-Gren. Regt. Nr. 2, zum Hauptm. und Komp. Chef, vorläufig ohne Patent, befördert. Quade, Hauptm. und Komp. Chef vom 3. Dillpreuß. Gren. Regt. Nr. 4, dem Regt. unter Beförderung zum überzähligen Major, aggregirt. Thiele, Hauptm. aggreg. dem 3. Dillpreuß. Gren. Regt. Nr. 4, als Komp. Chef in dieses Regt. einrangirt. Meyer, Hauptm. und Komp. Chef vom Inf. Regt. Nr. 97, dem Regt. unter Beförderung zum überzähligen Major, aggregirt. v. Blumenthal, Hauptm. und Komp. Chef vom Niederrhein. Inf. Regt. Nr. 39, dem Regt. unter Beförderung zum überzähligen Major, aggregirt. Reiz, Hr. Lt. vom Niederrhein. Inf. Regt. Nr. 39, zum Hauptmann und Kompagnie-Chef befördert. Boeg, Prem. Rittm. vom 2. Niederschles. Inf. Regt. Nr. 47, in das Niederschles. Inf. Regt. Nr. 39, verlegt. Ranprecht, Hauptm. und Komp. Chef vom 1. Hess. Inf. Regt. Nr. 81, dem Regt. unter Beförderung zum überzähligen Major, aggregirt. Fischer I., Hr. Lt. vom 3. Niederschles. Inf. Regt. Nr. 50, dem Regt. unter Beförderung zum Hauptm., aggregirt. Licht, Hr. Lt., aggreg. dem 4. Bolen. Inf. Regt. Nr. 59, in das 3. Niederschles. Inf. Regt. Nr. 50 einrangirt. v. Bock, Hauptm. und Komp. Chef vom 1. Oberschles. Inf. Regt. Nr. 29, dem Regt. unter Beförderung zum überzähligen Major, aggregirt. v. Zwickel, Hauptm. à la suite des 7. Thüring. Infanterie-Regiments Nr. 96 und Lehrer bei der Kriegsschule in Rassel, als Komp. Chef in das 1. Oberschles. Inf. Regt. Nr. 22 verlegt. Kleffter, Hr. Lt. vom 1. Nassau. Inf. Regt. Nr. 87, zum überzähligen Hauptm. befördert. Sanke, Hr. Lt. vom 1. Nassau. Inf. Regt. Nr. 87, unter Beförderung zum Hauptm. und Stellung à la suite des Regts, als Lehrer zur Kriegsschule in Rassel verlegt. v. Uthmann, Sec. Lt. vom 1. Nassau. Inf. Regt. Nr. 87, zum Prem. Rittm. befördert. Bußlich, Hauptm. und Komp. Chef vom Hannov. Jäger-Bat. Nr. 10, dem Bat., unter Beförderung zum überzähl. Major, aggregirt. Flach, Hauptm. und Komp. Chef v. Hannov. Jäger-Bat. Nr. 9, in das Hann. Jäger-Bat. Nr. 10 verlegt. Konopacki, Hr. Lt. vom Hannov. Jäger-Bat. Nr. 9, zum Hauptm. und Komp. Chef, vorläufig ohne Patent, befördert. v. Hochstetter, Sec. Lt. vom Großherzog. Mecklenburg. Jäger-Bat. Nr. 14, unter Beförderung zum Hr. Lt., in das Hannov. Jäger-Bat. Nr. 9, Appellus, Hauptm. und Komp. Chef vom 1. Hess. Inf. Regt. Nr. 81, als aggreg. zum Schles. Inf. Regt. Nr. 38, — verlegt. v. Bock, Hauptm. aggreg. dem 1. Hess. Inf. Regt. Nr. 81, als Komp. Chef in dieses Regt. einrangirt. Freyher von Ritzhagen, Major vom 3. Garde-Grenadier Regiment Adolfin Elisabeth, zum Bataillons-Kommandeur ernannt. Freytag, Major aggreg. dem 3. Garde-Gren. Regt. Königin Elisabeth, in die erste Hauptmannsstelle dieses Regts. einrangirt. Frhr. v. Freytag-Loringhoven, Hr. Lt. v. 2. Garde-Regt. zu Fuß, Graf v. Schmiedow, Hr. Lt. vom 2. Leib-Inf. Regt. Nr. 2, v. Hechtrich u. Steinrich, Hr. Lt. vom Leib-Inf. Regt. Nr. 1, Graf Droste zu Biskerina v. Reifeldode-Reichenstein, Hr. Lt. vom Regt. der Garde du Corps, v. Wellen-thien, Hr. Lt. v. 3. Garde-Inf. Regt. — ein Patent ihrer Charge ver-lieben. Siehr, Major v. D., zum Bez. Kommandeur des 2. Bats. 4. Oberschles. Landm. Regts. Nr. 63 ernannt. Heunede, Major vom 5. Rhein. Inf. Regt. Nr. 63, als Bats. Kommandeur in das 2. Oberschles. Inf. Regt. Nr. 23 verlegt. Frhr. v. Winkingerode, Hauptm., bisher Komp. Chef, vom 5. Rhein. Inf. Regt. Nr. 63, zum überzähl. Major, Heider, Hr. Lt. von demselben Regt., zum Hauptm. und Komp. Chef, — befördert. Krause, Hr. Lt. aggreg.

dem 5. Rhein. Inf. Regt. Nr. 65, unter Beförderung in seinem Kommando bei der Unteroff. Schule zu Bielefeld, in das Regt. einrangirt. Frhr. v. Saff, Major und Eskadr. Chef vom Bittbau. Inf. Regt. Nr. 12, v. Schmeling, Major und Eskadr. Chef vom 2. Schles. Drag. Regt. Nr. 8, v. Rahlben, Major und Eskadr. Chef vom Westpreuß. Inf. Regt. Nr. 5, v. Schultze-Low, Major und Eskadr. Chef vom Dillpreuß. Inf. Regt. Nr. 8, v. Hennig, Major vom Rhein. Inf. Regt. Nr. 7, unter gleichzeitiger Beförderung in das 2. Brandenburg. Inf. Regt. Nr. 11 und unter Beförderung in dem Kommando als Adjut. bei dem Gen. Kommando des 2. Armee-Korps, — ein Patent ihrer Charge ver-lieben.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station in Berlin. Im Monat Januar 1887.

Datum.	Stunde.	Bar. in mm. red. auf 0° C.	Therm. in Grad. Cels.	Wind-Richtung und Stärke 0-12.	Niederschlag 0-10.	Feuchtigkeit in Proz.	In 24 Stdn. höchste Temp. niedrigste Temp. und Tagesmittel.
23.	9	767,3	2,7	N 1/2 N 2	3	91	4,9
24.	7	768,9	1,1	N 1/2 N 2	10	87	2,4
2	8	769,3	1,4	N 1/2 N 2	10	85	3,3

Niederschlag: Sprühregen (0,6 Mm.).

Telegraphische Depeschen.

Continental-Telegraphen-Compagnie (früher Wolff's Telegraphisches Bureau).

Mailand, Montag, 24. Januar. Die Einnahmen des italienischen Mittelmeer-Eisenbahnetzes während der zweiten Hälfte des Monats Januar 1887 betragen nach provisorischer Ermittlung im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1886 1.647.031,46 Fr., zusammen 2.541.949,95 Fr. Diese Beträge stellen die bereits rektifizirte ungefähre eigene Einnahme dar.

Frankfurt a. M., Montag, 24. Januar, Nachmitt. 2 Uhr 30 Minuten. Sehr matt.

S. v. 22.		G. v. 22.	
Londoner Wechsel	20,397 20,292	Spanier exte.	63,90 64,50
Pariser do.	80,40 80,45	Unif. Ägypter	72,40 73,60
Wiener do.	160,10 160,35	Neue Türken	13,90 14,00
Reichsbanknote	105,20 105,70	Böhm. Westbahn	214 —
Rhm.-Wind. Br.-H.	— —	Central-Anleihe	114,00 114,20
Deuterr. Silberrent.	64,80 65,60	Kranzosen	195,75 199
do. Papierrente	63,60 64,50	Galizier	153 1/2 160 1/2
do. 5% Papierrente	— —	Galiz. Nordbahn	93,60 94,20
do. 4% Goldrente	88,50 89,70	Schlesische Ludwigsb.	93,90 93,90
1880er Loose	113,70 113,50	Landbuden	77 1/2 78 1/2
1884er Loose	271,00 273,00	Subst.-Büchener	157,50 157,50
4% ungar. Goldr.	79,50 80,70	Nordwestbahn	130,00 —
do. Staatsloose	— —	Kreditaktien	222 1/2 226 1/2
Italiener	97,50 98,40	Darmstädter Bank	133,20 135,10
1880er Russen	80,90 81,90	Meininger Bank	95,00 94,40
I. Orientanleihe	57,20 57,90	Reichsbank	133,80 138,80
II. Orientanleihe	57,00 57,70	Distrib.-Komm.	204,30 198,80
5proz. Serbische Rente	73,00, Neue Serben	80,60, Vinder	
Saunio-Prioritäten	—, neue 5proz. portugiesische Anleihe	91,00,	
Buenos-Ayres 85,00.			

Sproz. Serbische Rente 78,00, Rente Serbien 80,60, Wiener Staats-Prioritäten —, neue Sproz. portugiesische Anleihe 91,05, Buenos-Ayres 85,00.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 222, Franzosen 195 1/2, Galizier 158 1/2, Lombarden 77 1/2, Diskonto-Roumandit 193,40.

Stettin, Montag, 24. Januar, Nachmitt. 1 Uhr. (Getreide-markt.) Weizen fest, loco 157—168, April-Mai 168,00, Mai-Juni 169,50. Roggen fest, loco 121—126, April-Mai 129,50, Mai-Juni 130,00. Rüböl ruhig, April-Mai 45,50. Spiritus un-
ändert, loco 36,40, Jan. 36,40, April-Mai 37,80, Juni-Juli 38,70, Petroleum loco 11,60.

Wien, Montag, 24. Januar. Spiritus loco ohne Fass 34,00, Januar 35,40, Februar 35,10, April-Mai 36,40. Rüböl loco 40 000 Liter. — Tendenz: Matt.

Breslau, Montag, 24. Januar, Nachm. 1 Uhr.

G. v. 22.			G. v. 22.		
Deutsche Banknoten	160,75	160,90	Hess. Ludwigsbahn	94,50	94,25
Russ. Banknoten	188,20	188,40	Bresl. Diskontobank	89,75	90,00
Deutsche Goldr.	—	—	Bresl. Wechselbank	99,40	100,00
4% ungar. Goldr.	80,00	80,50	Kreditaktien	404,50	408,50
1880er Rüssen	81,50	81,50	Schles. Bankverein	103,80	103,75
1884er Rüssen	94,50	94,75	Donnersmardische	42,85	41,75
II. Orientanl.	57,75	57,50	Carabinieri	83,75	83,50
Italiener	98,50	99,00	D.-S.-S. Eisenbahn	47,50	47,00

Breslau, Montag, 24. Januar, Nachmittags. (Getreide-markt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 Proz. Januar 35,50, April-Mai 36,60, Mai-Juni 36,90. Roggen April-Mai 129,50, Mai-Juni 136,00, Juni-Juli 137,50. Rüböl Januar 46,00, April-Mai 46,50, Juni: fest, ungeschl. — Wetter: Trübe.

Leipzig, Montag, 24. Januar.

C. v. 22.		C. v. 23.	
3proz. sächs. Rente	92,00 92,50	Leipziger Diskonto	102,00 102,00
4proz. „ „	104,70 104,85	Sächsische Bank	117,00 117,50
Düsseldorfer St. A.	120,00 121,50	Leipziger Komm. an	225,00 226,00
do. St. B.	83,75 84,40	„ „	87,25 89,40
Böhm. Nordbahn	101,00 101,75	Industriefabrik (Waggon)	77,00 77,50
Gratz-Köflach	91,00 92,00	Industriefabrik. Halle	93,00 102,00
Leipziger Kredit	168,75 169,75	Leipz. Gas-Beleucht.	137,50 139,00
Leipziger Bank	135,25 135,25	Deutsche Banknoten	160,70 160,50

Wien, Montag, 24. Januar.

Ungarische Kredit	290,00	—	285,00	286,00	—
Deutsche Kredit	282,50	—	280,80	277,00	—
Franzosen	247,90	—	246,00	245,00	—
Lombarden	—	—	98,00	—	—
Galizier	200,50	—	200,00	198,50	—
Österreich	159,00	—	—	157,75	—
Deft. Papierrente	80,05	—	79,95	79,40	—
Sproz. ungar. Papier.	90,20	—	90,00	99,10	—
4proz. ungar. Goldr.	100,27 1/2	—	99,80	98,90	—
Marknoten	62,27 1/2	—	62,30	62,40	—
Napoleons	10,04	—	10,04 1/2	10,05	—
Bankverein	99,00	—	98,25	97,25	—
Landbank	237,25	—	—	234,50	—
Bank-Aktien	—	—	—	—	—
Unionbank fond.	—	—	—	—	—
Anglo-Austrian	—	—	—	—	—

Ernattene. Flau. Flau.

Wien, Montag, 24. Januar. Die Einnahmen der Nordwest-bahn betragen in der Woche vom 15. bis zum 21. Januar 143.017 fl., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 19.185 fl. Die Einnahmen der Ostböhmerbahn betragen in der Woche vom 15. bis zum 21. Januar 90.730 fl., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 14.792 fl.

Amsterdam, Montag, 24. Januar. Der Preis für Privat-silber ist heute von 80 auf 81 per Kilo sein erhöht worden.

Paris, Montag, 24. Januar, Nachm. 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. Rente 80,75—80,60, 4proz. Anleihe 109,25, Italiener 97,80 bis 97,20, Franzosen 482,50, Lombarden 210,00, Türken 14,07 1/2, Suez-Affien 1992, Ottomankbank 505, Ägypter 367. Wechsel:

London, Montag, 24. Januar, Vormitt. 11 Uhr 20 Min. Konsole 100 1/2, 1873er Rüssen 93 1/2, Italiener 96 1/2, Lombarden 8 1/2, konvertirte Türken 14 1/2, 4proz. fundirte Amerikaner 131, 4proz. ungar. Goldrente 78 1/2, österr. Goldrente 88, preuß. Konsole 104 1/2, 4proz. ungar. Ägypter 72 1/2, Sproz. priv. Ägypter 94 1/2, Sproz. garant. Ägypter 98 1/2, Ottomankbank 10 1/2, Suez-Affien 78 1/2, Spanien 63 1/2. Träge. — Wetter: Trübe.

London, Montag, 24. Januar, Vorm. Die Getreidezufuhren betragen in der Woche vom 15. bis 21. Januar: Engl. Weizen 1327, fremder 60.170, engl. Gerste 3057, fremde 8833, engl. Malzgerste 21.787, fremde 457, engl. Hafer 1037, fremder 46.445 Dts. Engl. Weizen 17.463, fremdes 53.759 Sack und 100 Rb. Glasgow, Montag, 24. Januar, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Rüböl loco 46 1/2, fremdes 46 1/2.

Verantwortliche Redakteure: H. Bernburg in Berlin. Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile: E. C. Köbner in Berlin.

Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. S. Salomon in Berlin.